Einzelpreis 50 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 29.—, für das übrige Ausland M. 36.—

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9

Donnerstag, 22. Dezember 1921

Nummer 596 · Morgen-Ausgabe

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Urteil im Jagowprozeß

Jagow zu 5 Jahren Festung verurteilt, Wangenheim und Schiele freigesprochen

Der Urteilsspruch

Leipzig, 21. Dezember.

Im Jagow-Prozeß wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte von Jagow wird wegen Beihilfe zum Hochverrat unter Zubilligung mildernder Umstände zu fünf Jahren Festung verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden Angeklagten Dr. Schiele und von Wangenheim wird eingestellt, da sie nicht als Führer anzusehen sind. Die durch das gesetzliche Verfahren entstandenen besonderen Kosten werden der Staatskasse auferlegt, die übrigen Kosten fallen dem Angeklagten von Jagow zur Last.

Die Begründung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig, 21. Dezember.

In der Begründung gab der Vorsitzende der vereinigten 3. und 4. Strafkammer zunächst eine kurze Schilderung der Ereignisse in den Kapptagen und ging dann zu dem Verhalten der einzelnen Angeklagten über. Jagow hat Amtshandlungen ausgeübt als Minister des Innern, während von Wangenheim zum Landwirtschaftsminister ernannt und Dr. Schiele als Wirtschaftsminister in Aussicht genommen war. Wangenheim hat sich gegen den Eisenbahnerstreik betätigt, sonst habe er und Schiele nur an den allgemeinen Besprechungen teilgenommen, wobei Bestimmtes über ihre Betätigung nicht festgestellt worden ist. Der Senat kommt zu dem Schluß, **daß Kapp und Lüttwitz bewußt zu einem hochverräterischen Unternehmen, nämlich zur gewaltsamen Aenderung der Verfassung des Deutschen Reiches, zusammengewirkt haben.** Unzutreffend ist der Einwand der Verteidigung, daß § 81, II des Strafgesetzbuches nur die Verfassung von 1871 und nicht die heutige schütze; unerheblich der weitere Einwand, daß Kapp und Lüttwitz aus edlen Motiven, aus vaterländischer Begeisterung, um das deutsche Volk zu retten, gehandelt haben. Das käme nur für die Strafbemessung, nicht für die Schuldfrage in Betracht. Ebenso ist der Einwand, **daß die Diktatur Kapps nur vorübergehend sein und zur wirklichen Herstellung der Verfassung führen sollte,** während § 81, II die Absicht dauernder Veränderung der Verfassung voraussetze, rechtlich unhaltbar. Abgesehen davon, daß die Ziele Kapps sich überhaupt nicht mit der Verfassung vertragen, unterscheidet das Gesetz nicht zwischen vorübergehender oder dauernder Aenderung. **Notwehr lag ebenfalls nicht vor, da noch andere Mittel, Agitation und Volksabstimmung, zur Verfügung standen.**

Daß sie vor dem Putsch mit den Plänen Kapps vertraut gewesen seien, ist keinem Angeklagten überzeugend nachgewiesen. **Aber in der Reichskanzlei mußten sie sofort erkennen, wohin Kapp und Lüttwitz steuerten.** Indem sie das Gewicht ihrer Namen und ihres Ansehens zur Verfügung stellten, **haben sie das Unternehmen vorsätzlich gefördert und Beihilfe geleistet.** Falsch ist der Einwand, daß am 13. März der Umsturz beendet gewesen sei oder die Angeklagten das geglaubt hätten. **In Wirklichkeit hat Kapp nie unbestritten die Macht gehabt.** Es ist ausgeschlossen, daß die Angeklagten im Zweifel, geschweige denn im Irrtum darüber gewesen sind. Jagow behauptet, als Beamter z. D. verpflichtet gewesen zu sein, ein Amt auf Berufung sofort zu übernehmen. Er war dazu aber nur gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit verpflichtet, nicht bei einer Berufung durch Hochverräter oder Abenteurer. Er war auch durch die Berufung von Kapp nicht zum willigen Werkzeug Kapps geworden, das Gesetz über die Amnestie kann auf ihn keine Anwendung finden. Nach den Reichstagsverhandlungen **sollen als Führer ohne Unterschied zwischen Tätern und Gehilfen jene angesehen werden, die eine besondere Tätigkeit in höherer Stellung ausgeübt haben.** Jagow hat außergewöhnliche Tatkraft und reiche Erfahrung in den Dienst der Sache gestellt und das wichtigste Ministerium des Innern übernommen. **Er ist des Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat nach § 81, II, schuldig.** Bei der Strafbemessung war in Erwägung zu ziehen, daß er unter dem Banner selbstloser Vaterlandsliebe dem verführerischen Rufe Kapps gefolgt ist. Andererseits ist zu bedenken, daß das Unternehmen schwere, weittragende Folgen hatte, die heute noch nicht voll überwunden sind. Deshalb mußte die Strafe ziemlich hoch bemessen werden. Also ist der Senat in der Verhandlung zur **Verhängung einer Festungshaft von 5 Jahren** gekommen.

Die beiden anderen Angeklagten haben **neben Jagow eine nebensächliche Rolle gespielt.** Sie wollten Gehilfen bei dem Unternehmen werden, sind aber davor bewahrt worden durch den frühzeitigen Zusammenbruch. Infolgedessen **kommen sie als Führer des Unternehmens nicht in Betracht,** und deshalb ist das Verfahren gegen sie auf Grund des Gesetzes über die Amnestie vom 4. August 1920 einzustellen, der Haftbefehl wider sie aufzuheben. Die Kosten des Verfahrens, soweit die beiden Angeklagten davon betroffen werden, sind der Staatskasse aufzuerlegen, während Jagow zur Tragung der auf ihn entfallenden Kosten verurteilt wird.

Dieses Urteil kommt nicht überraschend. Man konnte höchstens darüber noch im Zweifel sein, ob nicht auch Herr von Jagow nur als Gehilfe angesehen werden würde, dessen Straftaten unter die Amnestie zu fallen hätten. Schandenhalber wird der Hauptangeklagte für einige Jahre auf die Festung geschickt. Und wenn er es nicht inzwischen vorgezogen haben sollte, zur Kräftigung seiner noch immer sehr angegriffenen Gesundheit eine Luftveränderung vorzunehmen, so wird er einige Zeit Gelegenheit haben, in standesgemäßer Haft von den Strapazen des Kapp-Putsches auszuruhen. Für ihn ist selbstverständlich weder die Anstalt von Niederschönefeld noch das Zuchthaus von Lichtenburg bestimmt, und ohne Zweifel wird er nicht entfernt so lange auf vollständige Freilassung zu warten haben, wie die revolutionären Arbeiter, die „Hochverräter" von links.

Nein, dieses Urteil kommt nicht überraschend. Es wurde gefällt in einem Gerichtssaal, von dessen Wände Kaiserbilder herabblickten, der mit Wappentieren, Kronen und anderen Zeichen einer vergangenen Zeit verziert ist. Es wurde ausgesprochen von Richtern, die aus einer längst überholten Epoche stammen, die derselben Klasse angehören wie die Männer, über die sie zu Gericht sitzen sollten. Die Mitglieder des Reichsgerichts mögen in allen Sätteln des Strafrechts gerecht sein und, von ihrem Standpunkt aus gesehen, mag das Urteil ein Muster juristischer Objektivität darstellen. Und trotzdem bleibt es ein Klassenurteil, nur in umgekehrtem Sinne, als man dieses Wort sonst gebraucht. Angehörige der Bourgeoisie haben es über ihre eigenen Klassen- und Gesinnungsgenossen gefällt. Deshalb mußte es so ausfallen, wie es gestern verkündet worden ist.

Und nun vergleiche man das Leipziger Urteil mit jenen Urteilen, die gegen die „Hochverräter" von links gefällt worden sind. Herrn von Jagow wird selbstlose Vaterlandsliebe bescheinigt, und diesem mildernden Umstand ist die Strafe angemessen worden. Eugen Levinè dagegen, der gleichfalls beschuldigt war, zu den Führern eines Aufstandes gehört zu haben, wurde die Ehrenhaftigkeit seiner Gesinnung abgesprochen, und er mußte seine Handlungen mit dem Tode büßen. Die anderen an der bayerischen Räteregierung beteiligten Personen schmachten noch heute zum großen Teile im Kerker. Hunderte Arbeiter, die angeblich oder wirklich am Märzputsch in Mitteldeutschland beteiligt waren, büßen ihre Handlungen mit vieljähriger Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe. Anders dagegen die Kapp-Verbrecher. Nach einer Mitteilung des Reichsjustizministers vom 21. Mai d. J. sind amtlich 705 Fälle der Teilnahme an dem Kapp-Putsch bekannt geworden. Davon wurden 412 Fälle von Amnestie betroffen, durch Tod oder andere Gründe sind 108 Fälle in Wegfall gekommen, in 174 Fällen wurde das Verfahren vom Staatsanwalt eingestellt, 11 Fälle waren bis gestern noch nicht erledigt. Nun haben wir das Ergebnis vor uns: zwei Verfahren eingestellt, ein Beschuldigter zu fünf Jahren Festung verurteilt.

Es mag schon wahr sein, daß die beiden Junker von Jagow und von Wangenheim vor Gericht eine ebenso klägliche Rolle gespielt haben wie dieser Arzt und „Volkswirt" Dr. Schiele. Und wer die Berichte über den Prozeß gelesen hat, der wird nur Verachtung für das charakterlose Verhalten dieser Leute empfinden. Es hat wohl kaum einen Angeklagten aus Arbeiterkreisen gegeben, der sich in ähnlicher Lage so jämmerlich benommen hat. Und trotzdem bleibt die ganze Behandlung des Kapp-Putsches, das Verfahren gegen Jagow und seine Spießgesellen und schließlich das Urteil selbst ein beschämendes Zeichen von unserer Zeiten Schande.

Es wird sich noch mannigfache Gelegenheit bieten, auf die Einzelheiten des jetzt beendeten Prozesses zurückzukommen. Das eine aber sollte dieser Prozeß und dieses Urteil allen Arbeitern erneut zu erkennen geben: wie notwendig es ist, der einheitlichen Gesinnung der Bourgeoisie den einheitlichen Willen des Proletariats entgegenzusetzen. Die vorläufig wichtigste Lehre für uns muß die Erkenntnis sein, daß die Arbeiterklasse nur durch ihr geschlossenes Auftreten endlich die Zustände beseitigen kann, die solche Urteilssprüche ermöglichen!

Ende der Luftkontrollkommission. Der englische General Masterman, der Vorsitzende der Interalliierten Luftkontrollkommission, hat mitgeteilt, daß er beabsichtige, mit Beginn des neuen Jahres die Kommission aufzuheben. Dagegen liegt keine Nachricht darüber vor, daß auch General Nollet, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission, diese auf ein Drittel einschränken und die Kontrollbehörden in der Provinz einziehen werde.

Das Ententekapital in Polen. Havas meldet aus Warschau: Zwischen der Entente und der polnischen Regierung wurde ein Vertrag abgeschlossen, demzufolge das Kohlengrubengebiet von Dombrowa 50 Jahre von den Ententestaaten gepachtet wird. Dafür wurde der Warschauer Regierung ein Millionenkredit von seiten der pachtenden Staaten eingeräumt.

Wasser im Wein

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Die sozialistische Regierung in Sachsen liegt den bürgerlichen Parteien schwer im Magen. Seit den Dezembertagen 1920 haben sie nichts unversucht gelassen, sie zu Fall zu bringen. In holder Eintracht fanden sich Demokraten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei und die einzige Zentrumssäule des Landtags in diesem Streben. Nicht uninteressant ist es, die Methoden ihres Kampfes zu verfolgen; sie zeigen, mit welcher vorbildlichen Zähigkeit und mit welchen verschiedenen Mitteln sie ihr Ziel zu erreichen suchten.

Der Kampf setzte ein und wird fortgesetzt mit Aufrollung von Einzelfragen; es galt, Steinchen der Regierung in den Weg zu werfen. Die Kommunisten kamen ihnen mit der Märzaktion zu Hilfe. Die sächsische Arbeiterschaft lehnte aber diesen Putsch ab und deshalb kam er in Sachsen nicht zur Entfaltung. Um so heftiger nutzten die bürgerlichen Parteien den Putsch gegen die Regierung aus. Sie suchten die Kommunisten von der Regierungsmehrheit abzusprengen, um so die Regierung zu zwingen, sich durch Einbeziehung bürgerlicher Gruppen eine andere Mehrheit zu schaffen. Die Regierung konnte nachweisen, daß sie ihre Pflicht getan hatte und die kommunistische Fraktion wies die Verantwortung für den Putsch von sich ab. Den Sturz der Regierung lehnten die Kommunisten ab. Auf der Landesversammlung in Chemnitz erklärten sie, daß die Arbeiterschaft Sachsens die Regierung als ihre Vertretung anerkenne und daß es der Arbeiterschaft überlassen bleiben müsse, die Regierung zu stürzen. Es blieb bei der sozialistischen Mehrheit.

Dann spekulierte man auf das Fehlen einzelner Abgeordneten, verlangte Wiederholungen von Abstimmungen, nutzte die Geschäftsordnung des Landtages restlos aus, weil man so hoffte, die knappe sozialistische Regierungsmehrheit von zwei Stimmen in eine Minderheit zu verwandeln. Die Ernennung des Genossen Rissel zum Amtshauptmann, der offne Brief Woelkers gab neuen Stoff zum Angriff. Diesmal glaubten die bürgerlichen Parteien gründliche Arbeit leisten zu können.

Die Grund- und Gewerbesteuer, die die Kommunisten ablehnen wollten, gab Hoffnung, die Regierungsmehrheit zu sprengen. Beide Steuern waren die ersten Gesetze, durch die der Regierung Mittel bewilligt werden sollten. Bis dahin hatten die Bürgerlichen lustig Ausgaben bewilligt. Als es aber um die Bewilligung von Einnahmen ging, da wurden die Mittel angewendet, um die Steuergesetze zu verschandeln. Dieselben bürgerlichen Parteien, die fortgesetzt über die Not der Gemeinden klagten, wollten es in das Ermessen der Gemeinden stellen, ob sie Grundsteuern erheben wollten. Die Vorlage verpflichtete die Gemeinden zur Erhebung der Grundsteuer. Die Vorlagen wurden verschleppt. Als sie endlich im Landtag verabschiedet werden sollten und die Mehrheit (bürgerliche Parteien und Kommunisten) sie ablehnen wollten, da erklärte die Regierung, ohne die Steuern sei die Durchführung der neuen Besoldungsordnung nicht möglich und legte den Parteien nahe, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen herbeizuführen. Keine Partei fand den Mut, den Antrag auf Auflösung des Landtages zu stellen. Die Abstimmung wurde vertagt und ein beantragtes Mißtrauensvotum zurückgezogen. Die Kommunisten scheuten sich, die Verantwortung für den Sturz der Regierung zu übernehmen, sie gaben damit die Möglichkeit, die Gesetze sozial zu gestalten und stimmten schließlich den Steuervorlagen zu. Die betrübten Lohgerber saßen auf der rechten Seite des Landtags.

Doch die Konsule wachen. Der Minister des Innern ordnete die Auflösung der Brüder vom Stein als Fortsetzung der Orgesch, des Sportvereins Silberner Schild als Fortsetzung des verbotenen Zeitfreiwilligen-Regiments in Leipzig an und enthüllte die Organisation C und deren Hintermänner. Das war zuviel für ein bürgerliches Gemüt. Hatte man im April versucht, die Kommunisten von der Regierungsmehrheit abzusprengen, so versuchte man jetzt, Rechtssozialisten und Unabhängige auseinanderzutreiben. Man umschmeichelte die Rechtssozialisten und beantragte ein Mißtrauensvotum gegen die unabhängigen Minister. Die bürgerlichen Parteien nutzten geschickt den Beschluß des Görlitzer Parteitags der Rechtssozialisten aus. Das Mißtrauensvotum kann nur von der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten ausgesprochen werden. Für diese Mehrheit waren 49 Abgeordnete nötig, die Bürgerlichen haben nur 47 Abgeordnete, sie konnten, wenn ihr Protest nicht ein Lufthieb sein sollte, nur auf die Spaltung der Rechtssozialisten bei der Abstimmung rechnen; doch diese lehnten in einer kurzen Erklärung das Begehren der bürgerlichen Parteien ab. Wieder nichts. Der Abgeordnete Beutler stöhnte, daß die bürgerlichen Parteien schon zulange die sozialistische Regierung hätten ertragen müssen.

Doch der November und Dezember brachte für eine große Zahl sächsischer Gemeinden die Neuwahlen zum Gemeinderat. In vielen Gemeinden hatten sich

Zünftler, Bürgerbund, nationale Angestellte und die bürgerlichen Parteien zu einem Bürgerblock vereinigt und suchten die sozialistischen Gruppen zu überrennen. Rechtssozialisten und Unabhängige vereinbarten, unter Wahrung ihrer Grundsätze den Kampf sachlich zu führen und gegen die Reaktion zu richten. In einigen Städten und Gemeinden errang der Bürgerblock Erfolge, in Dresden, Leipzig und Zwickau wurde Stimmengleichheit zwischen Sozialisten und Bürgerlichen erreicht, aber in vielen Gemeinden machten die Sozialisten sehr erhebliche Fortschritte, es trat eine Verschiebung nach links ein.

Sonderbarerweise hat der Oberbürgermeister Blüher als Sprecher der Deutschen Volkspartei auf derem ostsächsischen Parteitag und der Oberbürgermeister Dr. Külz auf der demokratischen Landestagung aus den Gemeindewahlen den Schluß gezogen, der Ausgang der Wahlen habe gezeigt, daß das sächsische Volk in seiner Mehrheit bürgerlich gesinnt sei, daß also die Zusammensetzung des Landtags nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche und deshalb Neuwahlen zum Landtag vorgenommen werden müßten. Diese Schlußfolgerung beruht auf Täuschung. Die diesjährigen Wahlen sind eine Wiederholung der im Jahre 1919 vollzogenen Gemeindewahlen. Unmittelbar auf jene Wahlen folgten die Volkskammerwahlen, sie brachten 57 sozialistische und 39 bürgerliche Abgeordnete. Die beiden Bürgermeister stellen aber scheinbar die diesjährigen Gemeindewahlen mit der Landtagswahl vom vorigen Jahre in Parallele und berauschen sich an Einzelerfolgen des Bürgerblocks. Will man Vergleiche ziehen, dann muß man die diesjährigen Gemeindewahlen mit der Landtagswahl von 1919 in Parallele stellen. Ganz abgesehen davon, daß bei der Gemeindewahl, auf kleinem Gebiet vorgenommen, ganz andere Momente mitsprechen als bei einer allgemeinen Landtagswahl. Haben aber bei der Gemeindewahl die sozialistischen Parteien einen Erfolg erstritten, so ergibt sich, selbst wenn einige Mißerfolge berücksichtigt werden, daß eine neue Landtagsmehrheit an die sozialistische Mehrheit der Volkskammer heranreichen würde. Standen damals 57 zu 39, im Landtage 49 zu 47, so würde ein neuer Landtag mindestens mehr als 49 sozialistische Abgeordnete zählen. Hinzu kommt noch, daß die letzte Landtagswahl kurz nach der Spaltung der U. S. P. erfolgte und eine starke Wahlenthaltung weiter Arbeiterkreise brachte, was bei den Gemeindewahlen nicht beobachtet worden ist.

Die Rechnung der bürgerlichen Parteien ist falsch. Wir müssen Wasser in ihren Wein schütten. Das bedeutet aber nicht, daß die sozialistischen Parteien einem Landtagswahlkampf aus dem Wege gehen wollen, dazu liegt kein Anlaß vor, wir können nur gewinnen. Aber alte sozialistische Taktik ist, daß wir den Kampf bestimmen müssen, und nicht die Gegner. Deshalb warten wir ruhig die neue Sprengparole der bürgerlichen Parteien ab.

Der neue Steuerabzug vom Lohn

Das vom Reichstag am 17. Dezember beschlossene neue Einkomensteuergesetz tritt bereits am 1. Januar 1922 in Kraft. Es enthält einschneidende Veränderungen gegenüber dem bisherigen Zustand, von denen wir diejenigen, die für die Lohn- und Gehaltsempfänger besonders wichtig sind, kurz wiedergeben wollen.

Die wichtigste Aenderung ist die **Neustaffelung des Tarifs.** Künftig werden bis zu 50 000 Mark jährlich vom Einkommen 10 Prozent erhoben, gegenüber bisher 24 000 Mark. Der Steuersatz zwischen 50 und 60 000 Mark beträgt 15 Prozent, zwischen 60 und 80 000 Mark 20 Prozent. Mit der Heraufsetzung der Einkommensstufe von 24 000 Mark auf 50 000 Mark ist zugleich bestimmt worden, daß für alle Einkommen unter 50 000 Mark, die dem Steuerabzug unterliegen, eine besondere Veranlagung nicht mehr erfolgt.

Die **steuerfreien Beträge** sind ebenfalls beträchtlich erhöht worden. Bei einem Einkommen bis zu 50 000 Mark sind künftig von der Steuerleistung für den Steuerpflichtigen und seine in seiner Haushaltung lebende Ehefrau jährlich je 240 Mark abzugsfähig. Bei einem Einkommen bis zu 200 000 Mark außerdem für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind jährlich 360 Mark. Es ermäßigt sich daher der Steuerabzug für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um je 20 Mark bei monatlicher, um je 4.80 M. bei wöchentlicher und je 0.80 M. bei täglicher Lohnzahlung. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind ermäßigt sich die Steuerleistung um je 30 Mark bei monatlicher, um je 7.20 M. bei wöchentlicher und um je 1.20 M. bei täglicher Lohnzahlung. Kinder unter 17 Jahren, auch wenn sie eigenes Arbeitseinkommen beziehen, werden dabei berücksichtigt.

Die **Abzüge für Werbungskosten werden verdreifacht.** Es kommen daher künftig in Abzug 45 M. bei monatlicher, 10.80 bei wöchentlicher, 1.80 M. bei täglicher Lohnzahlung. Kann der Steuerpflichtige nachweisen, daß die ihm entstehenden Werbungskosten den Betrag von jährlich 5400 Mark um mindestens 450 M. übersteigen, also höher als 5850 Mark sind, so kann er bei dem Finanzamt einen Antrag stellen, daß ihm bei dem Lohnabzug höhere Ermäßigungen angerechnet werden.

Da diese Fälle in Großstädten und bei Arbeitern, die erhebliche Aufwendungen für Berufskleidung, Fahrgelder usw. zu machen haben, häufig eintreten werden, so sei darauf hingewiesen, daß das Einkommensteuergesetz (§ 13) unter Werbungskosten folgende Abzüge versteht: Beiträge des Steuerpflichtigen für sich, seine Ehefrau und sonstige Haushaltungsangehörige zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und sonstigen Versicherungen. Beiträge zu Sterbekassen bis zum Jahresbetrag von 100 Mark Versicherungsprämien bis zum Jahresbetrag von 3000 Mark. Ferner die Beiträge zu gewerkschaftlichen Organisationen, die Fahrkosten von und zur Arbeitsstätte, Aufwendungen für Berufskleidung, für Werkzeuge, Mehraufwendungen im Haushalt durch Erwerbstätigkeit der Ehefrau.

Einige Beispiele mögen die Wirkungen der neuen Bestimmungen erläutern. Die Zahlen in Klammern stellen die bisherigen Abzüge dar.

1. **Ein verheirateter Arbeiter mit drei minderjährigen Kindern** bei einem Wochenlohn von 600 Mark hat zu zahlen:

Steuerbetrag 10 Prozent = 60.00 Mark (60.00 Mark)

Davon sind abzuziehen:

für den Steuerpflichtigen	4.80 Mark	(2.40 Mark)
für die Ehefrau	4.80 Mark	(2.40 Mark)
für drei Kinder	21.60 Mark	(10.80 Mark)
für Werbungskosten	10.80 Mark	(3.60 Mark)
Gesamtabzüge:	**42.00 Mark**	(19.20 Mark)

so daß zu zahlen ist 18.— Mark, anstatt bisher 40.80 Mark.

2. Ein **verheirateter Arbeiter mit 2 minderjährigen Kindern** und einem Wocheneinkommen von 500 Mark. **Außerdem ist die Ehefrau erwerbstätig** und bezieht einen Wochenlohn von 300 M. Hier gestaltet sich der Steuerabzug folgendermaßen:

a) beim Mann: Wochenlohn: 500 M.

Hiervon 10 Prozent 50 M.

Abzüge für den Mann . . .	4,80	(2,40)
„ „ die Ehefrau . .	4,80	(2,40)
„ „ zwei Kinder . .	14,40	(7,20)
Werbungskosten	10,80	(3,60)
Gesamtabzüge	**34,80**	(15,60),

so daß zu zahlen ist 15,20 M. anstatt bisher 34,40 M.

b) für die Ehefrau: Wochenlohn: 300 M.

Hiervon 10 Prozent 30 M.

Abzug für die Frau	4,80	(2,40)
Werbungskosten	10,80	(3,60)
Gesamtabzüge	**15,60**	(6,—),

so daß zu zahlen ist 14,40 anstatt bisher 24.— M.

Sind in diesem Fall durch die Erwerbstätigkeit beider Ehegatten **besondere Mehraufwendungen für den Haushalt** entstanden, so können auf Antrag vom Finanzamt weitere Ermäßigungen beim Abzug zugelassen werden.

Auch für **mittellose Angehörige** können die gleichen Abzüge gemacht werden, wie für Kinder. Dafür bedarf es aber ebenfalls der Bestätigung durch das Finanzamt auf dem jetzt ausgegebenen Steuerbuch. Solche Anträge müssen unter Vorlegung der Beweise bis zum 31. Dezember bei dem Finanzamt gestellt werden. Wird der Antrag später gestellt, so wirkt die Berücksichtigung erst von der Lohnzahlung ab, bei der das ergänzte Steuerbuch vorgelegt wird. **Anträge, die nach dem 31. Januar 1922 gestellt werden, werden in dem betreffenden Kalenderjahr nicht mehr berücksichtigt.**

Die Erfüllungspolitik

Die Rechtspresse ist angesichts der durch die deutsche Note an die Reparationskommission geschaffenen Lage der Auffassung, daß dieser Schritt der deutschen Regierung den Zusammenbruch der Erfüllungspolitik bedeute. Sie bewirft aufs neue die Parteien und die Presse mit heftigen Anwürfen, die im Mai dieses Jahres ihre ganze Kraft für die Annahme des Londoner Ultimatums eingesetzt haben. Dieser ganze deutschnationale und deutschvolksparteiliche Hetzfeldzug steht auf äußerst schwachen Grundlagen. Er ist für die bestimmt, die nicht alle werden und denen das Riskieren der großen Lippe über die ernste Beschäftigung mit den harten Tatsachen geht.

Als im Mai auch die Unabhängigen Sozialdemokraten für die Annahme des Ultimatums eintraten, war sich unsere Partei über die Möglichkeiten der Erfüllung, über die nationale und internationale Auswirkung des Londoner Finanzdiktats völlig im klaren. Sie stand dem Reparationsproblem nicht unvorbereitet gegenüber. Hatten doch die verschiedenen internationalen sozialistischen Organisationen sich in ausführlicher Weise mit den Fragen der Reparation beschäftigt und den unheilvollen Einfluß der Finanzbedingungen des Versailler Vertrages auf die wirtschaftliche Lage Europas und Amerikas festgestellt. Wenn die Unabhängige Sozialdemokratie sich trotzdem zur Annahme des Ultimatums entschloß, so aus politischen Gründen. Wie glänzend die inzwischen eingetretenen Ereignisse diese Politik der U. S. P. gerechtfertigt haben, wird erst ganz klar, wenn man sich die Erklärung, die in der entscheidenden Sitzung des Reichstages Genosse Ledebour im Auftrage der Fraktion abgab, ins Gedächtnis zurückruft. Genosse Ledebour führte damals u. a. aus:

Die **exorbitanten Entschädigungssummen,** die in dem Ultimatum gefordert werden, sind auf ihre wirtschaftlichen Wirkungen hin nicht genügend überprüft worden; **aber das ernstliche Bemühen, mit ihrer Durchführung zu beginnen, schafft Deutschland wenigstens eine Atempause.** Die Praxis wird sehr bald den Beweis erbringen, daß die erzwungenen Lieferungen nicht nur die Lebenshaltung des Deutschen Volks untergraben, sondern auch **das Wirtschaftsleben der Ententestaaten** (lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und der Neutralen zerrütten müssen; denn die geforderten Zahlungen, anfangs schon über 3 Milliarden Goldmark im Jahre, kommen tatsächlich hinaus auf die Lieferung von Industrieprodukten aller Art in diesem Wertbetrage, ohne daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, sich für diese ausgeführten Waren durch Wareneinfuhr aus den belieferten Ländern einen Ersatz zu beschaffen. Das bedingt aber die Herabsetzung der Ausfuhrmöglichkeit und damit der Eigenproduktion in den Ententeländern selbst. Einen Vorgeschmack davon haben sie schon bekommen in den verheerenden Wirkungen, die die erzwungenen Kohlenlieferungen an Frankreich in England auf die dortige Kohlenproduktion ausgeübt haben.

Diese unvermeidlichen Folgen der verderbenschwangeren Ententepolitik werden sehr bald in den Ententeländern, und zwar zunächst bei der Arbeiterschaft, die Erkenntnis von der Notwendigkeit **einer Umgestaltung des Friedensvertrages und der aus ihm entstandenen Reparationsforderungen auslösen.**

Mit unheimlicher Präzision ist diese Voraussage der Folgen des Ultimatums eingetroffen. Die rechtsstehenden Hetzapostel werden sich darauf berufen, daß das auch ihre Meinung gewesen sei, und daß sie gerade deshalb das Ultimatum abgelehnt hätten. Sie vergessen dabei eine Kleinigkeit: Nie wäre das Reparationsproblem in seiner ganzen Ausdehnung binnen so kurzer Frist erneut auf die Tagesordnung getreten, wäre nicht von Deutschland der Versuch der Erfüllung gemacht worden, der erst die Unerfüllbarkeit beweisen konnte. Das ist das Demagogische und Vergiftende im Kampfe der Rechtsparteien gegen die Parteien, die das Ultimatum angenommen und die Regierung Wirth gestützt haben, daß sie ihren Anhängern die Zwangslage verschweigen, in der sich Deutschland befand. Die Ablehnung des Ultimatums führte automatisch die Besetzung des Ruhrgebiets herbei, ohne daß damit das Reparationsproblem auch nur um einen Schritt weitergekommen wäre. Der Erfolg der Erfüllungspolitik besteht gerade darin, daß durch die Ausführung der Zahlungsbestimmungen die nationale wie internationale Katastrophe offenbar geworden ist, die mit einer weiteren Fortführung der Reparationspolitik im Sinne des Londoner Ultimatums unweigerlich verbunden ist. In dieser Beziehung ist die Haltung unserer Partei durch die neuesten Ereignisse aufs glänzendste gerechtfertigt.

Ruth Fischer verhaftet

Die „Rote Fahne" meldete in ihrer gestrigen Abendausgabe, daß die Kommunistin Ruth Fischer am Dienstag nachmittag verhaftet worden ist. Ein offiziöser Polizeibericht, der sich zu der Verhaftung äußert, teilt nur mit, daß „die aus der kommunistischen Bewegung als überradikale Agitatorin unter dem Namen Ruth Fischer hinreichend bekannte österreichische Staatsangehörige Elfriede Friedländer, geborene Eisler", bereits im Sommer dieses Jahres von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums festgenommen und aus Preußen ausgewiesen wurde. Sie sei, der Ausweisung zum Trotz, zurückgekehrt und nun verhaftet worden. Sie wird, heißt es am Schluß des Berichts, wegen Bannbruches zur Bestrafung gebracht und dann voraussichtlich über die Grenze abgeschoben werden.

Ueber die Gründe für die Verfolgung der Agitatorin schweigt der Bericht. Der Hinweis auf den Bannbruch ist keine solche Begründung, denn er bezieht sich nicht auf das ursprüngliche Verbrechen, das der Verfolgten vorgeworfen wird. Dafür ist diese Art der Begründung recht bequem. Eine stichhaltigere Auskunft ist aber das mindeste, was die Oeffentlichkeit von der Polizei fordern muß. Es geht auf keinen Fall an, daß die Abteilung IA eine Kommunistenhetze in Szene setzt, und niemand weiß warum. Als vor einiger Zeit ein deutschnationaler Schreiberling plötzlich in Haft genommen wurde, wenn wir uns recht erinnern, hieß der Herr Stadtler und gehörte zum Kreise der „Täglichen Rundschau", da antwortete sogar die Reichsregierung pünktlich auf die Frage der deutschnationalen Presse nach der Art des Vergehens des Herrn und nach den Gründen für seine Verhaftung. Es würde der Arbeiterschaft unangenehm auffallen, wenn ein gleiches Verhalten dann nicht für notwendig befunden werden sollte, wenn Persönlichkeiten aus ihrer Bewegung vom Fleck weg eingesperrt werden. Dabei ist es völlig gleichgültig, wie die Mehrheit der Arbeiterschaft zu der betroffenen Persönlichkeit steht.

Bedingter Straferlaß für politische Gefangene

Wie wir erfahren, wird auf Wunsch des Reichspräsidenten der Reichsjustizminister noch vor den Festtagen einer großen Zahl von Verurteilten, die auf Grund sondergerichtlichen Urteils Strafen bis zu einem Jahr zu verbüßen haben, Strafunterbrechung zu teil werden lassen, mit der Aussicht auf bedingten Straferlaß nach Prüfung der einzelnen Urteile.

Diese Nachricht dürfte bei den damit der Freiheit Wiedergegebenen sicherlich Freude auslösen. Wir aber können Genugtuung darüber nicht empfinden. Es ist erstens nur ein geringer Teil der auf Grund der Sondergerichtsurteile noch im Gefängnis und Zuchthaus Schmachtenden, dem diese Gnade zuteil wird. Außerdem beleuchtet das gestern gegen die Kappverbrecher ergangene Urteil aufs neue den ungeheuren Gegensatz in der Rechtsbehandlung von Arbeitern und Monarchisten.

Unsere Forderung nach Straferlaß für alle aus idealen Motiven begangenen politischen Vergehen bedarf deshalb mehr als je der Verwirklichung. Die Maßnahme des Reichsjustizministers ist deshalb nur ein erster, ungenügender Schritt, dem weitere sobald als möglich folgen müssen.

Sturm im bayerischen Landtag

München 21. Dezember.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

In der Plenarsitzung des bayerischen Landtages wurde heute ein Amnestie-Antrag und ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Festung Niederschönenfeld behandelt. Dabei kam es zu stürmischen Szenen. Der frühere Justizminister Müller-Meiningen (Dem.) beantragte den Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses noch einmal an den Ausschuß zurückzuverweisen und zunächst die Denkschrift der Regierung über Niederschönenfeld abzuwarten. Abg. Blumtritt (USP.) bezeichnete dieses Vorgehen als ein Vertuschungsmanöver, worauf Müller-Meiningen ihm völlig unmotiviert zurief, er solle schweigen, **denn er habe kein Ehrgefühl im Leibe.** Diese Provokation löste einen **Sturm der Entrüstung** bei der U. S. P. aus. Es fielen scharfe Zurufe gegen Müller-Meiningen: Ehrabschneider," so ein Kerl war in Bayern Justizminister usw. Der Präsident konnte lange Zeit keine Ruhe schaffen. Schließlich endigte der Tumult mit zwei Ordnungsstrafen für Blumtritt (USP.).

Der Amnestieantrag wurde gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt, der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an den Verfassungsausschuß zurückverwiesen.

Hohle Phrasen

Kapp, das Vaterland, Gott und die Geschichte

Die von dem Kappisten Traub geleitete echt bayrisch-reaktionäre „München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlicht einen von Kapp an die Redaktion des Blattes gerichteten Brief. Der Brief ist die Antwort auf ein Schreiben der Redaktion an Kapp, so daß zu folgern ist, daß ein lebhafter Briefwechsel zwischen dem reaktionären Blatte und dem flüchtigen Hochverräter im Gang ist. Kapp schreibt:

„Wäre ich nach den Märztagen den deutschen Gewalthabern unfreiwillig in die Hände gefallen, so wäre es mir eine Pflicht gewesen, in einem gegen mich eingeleiteten Verfahren den Leuten, denen Deutschland die Revolution und den schimpflich heraufbeschworenen Untergang zu verdanken hat, **schonungslos den Spiegel vorzuhalten.** Nur um dieser Pflicht zu genügen, könnte für mich die Herbeiführung eines gerichtlichen Verfahrens allenfalls in Betracht kommen. Ganz abgesehen von den eine Selbststellung mir verbietenden grundsätzlichen Erwägungen glaube ich aber, daß **für mich die Zeit noch nicht gekommen** ist, die Märzereignisse 1920 und ihren inneren Zusammenhang öffentlich zu erörtern. Hochverrätern von gestern, die sich über Nacht zu „Legitimisten" entwickelt zu haben behaupten, in Wirklichkeit aber auch nicht einmal die Scheinverfassung von Weimar halten, bin ich keinerlei Rechenschaftschuldig. Ich fühle mich verantwortlich, aber nicht einer Regierung Ebert, sondern **meinem Vaterland, Gott und der Geschichte** gegenüber. Diese werden einst über mich zu richten haben."

Kapp führt hier die Sprache, die in den Schullesebüchern und in der kitschigen Hohenzollerndramatik der wilhelminischen Epoche den Gestalten der Geschichte in den Mund gelegt wird. Das ist die Pose, die trefflich zu dem Regisseur der Groteske vom März 1920 paßt, und zugleich die Ausrede des Drückebergers, der mit hohlen Phrasen an das Urteil „seines" Vaterlandes, Gottes und der Geschichte appelliert, um sich dem Urteil des Gerichts, das ihn empfindlicher treffen könnte, als jenes andere, zu entziehen. In einem anderen Schreiben, das wir früher veröffentlichten, hat der Kapp seine Kumpane aus der Märzepisode als Feiglinge gekennzeichnet. Er ist es nicht minderl

Die Londoner Konferenz

E. E. Paris, 21. Dezember.

Der Londoner Berichterstatter des „Intransigeant" drahtet: Für den Augenblick werde man sich zu einem Einvernehmen über folgende Punkte verstehen:

1. **Zwischen Frankreich und England wird das Einvernehmen enger geschlossen werden.** Man wird einander die Versicherung geben, daß Deutschland weder bei den Engländern noch bei den Franzosen besondere Unterstützung finden solle.

2. **Ein Abkommen über die dringendst notwendigen Finanzmaßnahmen wird geschlossen, damit Deutschland im Jahre 1922 die Zahlungen leisten könne,** die notwendig sind, um die belgische Priorität vollkommen zu decken und den französischen Geldbedürfnissen zu genügen.

3. wird beschlossen werden, **daß der Oberste Rat die Prüfung der Fragen, die jetzt beraten werden, fortsetzen soll.** Er soll sich namentlich mit der Zahlung der Reparationen nach dem Jahre 1922 beschäftigen und **eine Regelung der Währungsfrage für alle Staaten versuchen.** Der Oberste Rat wird sich auch mit der großen Anleihe beschäftigen, die Loucheur vorgeschlagen hat.

4. **Durchführung des Wiesbadener Abkommens.** Auf derselben Grundlage wie das Wiesbadener Abkommen wird vielleicht ein ähnliches Abkommen zwischen Berlin und London getroffen werden, was beweist, daß Lloyd George auf die Reparationszahlungen Deutschlands nicht gänzlich verzichten will.

5. Noch heute soll eine **Begegnung zwischen Loucheur und Rathenau** stattfinden, damit Loucheur in den Stand gesetzt werde, Rathenau bei dieser Besprechung zu zeigen, wie die künftige Finanzpolitik Deutschlands gestaltet sein soll.

Was die anderen Probleme, namentlich das der Wiederherstellung Rußlands und die Uebergabe der deutschen Schuldverschreibungen der Kategorie C an England betrifft, so werden die Besprechungen hierüber später stattfinden, und zwar zunächst unter den Alliierten, **dann mit Deutschland und Rußland.**

Der Londoner „Temps"-Korrespondent drahtet: Die Lösung, die man gegenwärtig ins Auge faßt, wird Frankreich die Zahlungen sichern, deren es bedarf, zugleich aber wird der Wunsch Englands ermöglicht werden, die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands zu ermöglichen.

Keine Uebereinstimmung der Sachverständigen

London, 21. Dezember.

„Evening Standard" zufolge haben die Sachverständigen heute nachmittag versucht, **die einander gegenüberstehenden Ansichten in der Reparationsfrage zu versöhnen. Eine Uebereinstimmung sei nicht erzielt worden.**

Wie gemeldet wird, ist die Lage folgende: Die Ansicht der Franzosen ist, daß Deutschlands Erklärung, es sei nicht imstande, die Januar- und Februar-Raten zu bezahlen, einen Versuch bedeute, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Von britischer Seite sei dargelegt worden, daß Deutschland große Mühe haben werde, das Geld zu erhalten. **Die beiden einander gegenüberstehenden Ansichten zu vereinigen, habe sich weit schwieriger erwiesen, als man angenommen hätte.** Es kann jetzt endgültig mitgeteilt werden, daß in dieser Frage Einmütigkeit nicht herrscht. Es sei nicht wahrscheinlich, daß England der Entsendung einer Finanzkommission nach Deutschland zu Kontrollzwecken zustimmen werde, insbesondere nach den Erfahrungen, die man während der letzten drei Jahre mit solchen Missionen gemacht habe. Die Franzosen verlangten energische Maßnahmen gegen Deutschland, die Engländer seien jedoch der Meinung, daß, wenn diese Politik befolgt werde, **der Sturz der deutschen Regierung unvermeidlich sei,** was die chaotische Lage Europas nur noch verschlimmern würde.

Wie weiter berichtet wird, können die augenblicklichen Beratungen zu keinem endgültigen Beschluß führen. Es wird eine Zusammenkunft des Obersten Rates für den Januar einberufen werden. Auch dieser Zusammenkunft werde ein Vorschlag bezüglich der Frage der Reparationen und der allgemeinen wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas unterbreitet werden. Es sei möglich, daß diese Zusammenkunft in Paris oder in St. Remo stattfinden werde.

Das Flottenabkommen

Verdoppelung der französischen Marine

Washington, 21. Dezember.

Der folgende amtliche Bericht wurde heute vormittag veröffentlicht: Die Sitzung des Unterausschusses für die Rüstungsbeschränkungen der Flotten, die vertagt worden war, hat heute vormittag stattgefunden. Der Vorsitzende verlas einen Brief von Hughes an Briand, der das Flottenabkommen zusammenfaßt und folgendermaßen schließt: Das vorgeschlagene Abkommen ist sehr zugunsten Frankreichs. **Es verdoppelt die Macht seiner Marine.** Ich bedauere nach einer sorgfältigen Prüfung der französischen Anregung, zu dem Bau von weiteren zehn Schiffen ermächtigt zu werden, feststellen zu müssen, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung nicht hätte zustande kommen können. Ich wiederhole aber, daß das provisorische Abkommen mit Großbritannien und Japan von einem entsprechenden Abkommen mit Frankreich abhängig gemacht wird. Genehmigen Sie den Ausdruck meiner Hochachtung und unseres Wunsches in Amerika, daß Sie uns bald abermals besuchen werden. gez. Hughes.

In der Antwort Briands auf den Brief von Hughes heißt es: Sie befürchten, daß die Beibehaltung der französischen Forderung den Abschluß eines Abkommens zwischen den fünf Großmächten verhindert. Der Wunsch der französischen Regierung geht dahin, alles zu tun, was sich mit den Lebensinteressen Frankreichs vereinbaren läßt, und unsere Ansichten in der Frage der Flottenrüstungen in Uebereinstimmung zu bringen. Frankreichs Befürchtungen gehen nicht von dem Gesichtspunkt eines Angriffs, **sondern von dem einer Verteidigung aus.** In der Frage der Schlachtschiffe gebe ich unseren Delegierten Weisungen in dem von ihnen gewünschten Sinne. Was jedoch die Hilfsschiffe anbetrifft, **so ist es der französischen Regierung unmöglich, sich mit dem Beschluß der Kammer im Widerspruch zu setzen und Verminderungen anzunehmen, die denen der Schlachtschiffe entsprechen.** Der leitende Gedanke auf der Konferenz von Washington ist die Verminderung der kostspieligen Flottenrüstungen, die zum Angriff bestimmt sind. Ich glaube nicht, daß das Programm dahin geht, einer Nation wie Frankreich, das eine lange Küste und eine große Anzahl weit entfernt liegender Kolonien besitzt, die Mittel zur Verteidigung seiner Verbindungslinien und seiner Sicherheit zu verweigern.

Die Form des Wiederaufbaues

Deutsch-französische Gewerkschaftskonferenz in Frankfurt

Frankfurt a. M., 21. Dezember. W. T. B.

Heute nachmittag traten im Volksbildungsheim die Abgeordneten der französischen und deutschen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammen, die sich in erster Linie mit dem Wiederaufbau der elf zerstörten Dörfer bei Chaulnes beschäftigten und für die von den deutschen Bauhüttenorganisationen eine gemeinwirtschaftliche Form des Siedlungsbaues vorgeschlagen ist. An der Konferenz, die vertraulicher Natur ist, nehmen 16 Franzosen von der Confederation Generale du Travail unter Führung von Jouhaux und Laurent teil. Von französischen Organisationen sind vertreten die Techniker-verbände, der Bauarbeiterverband. Auch die Bevölkerung der zerstörten Dörfer ist durch Abgeordnete vertreten. Die deutschen Gewerkschaften entsandten sechs Delegierte, die bereits an den Pariser Verhandlungen teilgenommen haben.

Die Kapitalverkehrssteuer

Der Besitzsteuerausschuß des Reichstages beendete am Mittwoch mit der Beratung des Kapitalverkehrsteuergesetzes die erste Lesung der Steuervorlagen. Selbstverständlich fehlt es auch bei diesem Steuergesetz nicht an Versuchen zur Milderung im Interesse der Besitzenden. Besonders stark waren die Bemühungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die besondere Besteuerung der Vorzugsaktien mit Mehrstimmenrecht und die Einräumung von Bezugsrechten zu beseitigen. Beide Versuche schlugen jedoch fehl, nachdem sich die Vertreter der sozialistischen Parteien aufs schärfste gegen sie gewandt hatten. Auch ein Antrag der Demokraten, die Gewerbeanschaffungssteuer zu streichen, fand keine Mehrheit.

Am Schlusse der Mittwochssitzung eröffnete Staatssekretär Zapf dem Ausschuß, die Regierung habe die Absicht, die Oeffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß die Umsatzsteuer rückwirkende Kraft vom 1. Januar ab erhalten müsse und daß die Regierung an ihrer Absicht, die Steuer auf 2½ Prozent festzusetzen, unbedingt festhalte. Genosse **Hertz** trat dieser Absicht entschieden entgegen. Er erklärte, daß, wenn die Regierung sie ausführe, sie sicher sein müsse, daß eine gewaltige Verschärfung der politischen Situation eintrete. Jede Vorwegnahme der Entscheidung über Verbrauchssteuern, solange nicht die Entscheidung über die Erfassung der Sachwerte und der Besitzsteuern gefallen sei, werde den schärfsten Widerstand der gesamten Arbeiterklasse hervorrufen. Eine Antwort auf diese Erklärung gab die Regierung nicht.

Eine Betriebsräte-Hochschule

Die Thüringer Regierung wird im Landtage demnächst eine Vorlage über die Errichtung einer volkswirtschaftlichen Hochschule unterbreiten, die vornehmlich der Unterweisung der Betriebsräte dienen soll. Zur Aufbringung der Kosten soll eine Summe von 507 920 Mark in den Haushaltsplan eingestellt werden. **Es werden geplant abendliche Lehrgänge im Rahmen der städtischen Volkshochschulen und anderer örtlicher Bildungsorganisationen,** ferner ganztägige volkswirtschaftliche Wochen in den einzelnen Städten des Landes und schließlich jährlich 2 dreimonatige Internatskurse in Jena. Ueber die Gründe, die zu dem Projekt geführt haben, wird unserem Parteiorgan in Jena folgendes geschrieben:

„Die Schule ist gedacht als eine „Notstandsmaßnahme", wie es in einem Vorentwurf heißt, die den Zweck hat, den augenblicklich tätigen wirtschaftlichen Funktionären der Arbeiterschaft (Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre) die dringendste Bildung zu vermitteln. Künftig aber wird sie im Zuge der Reform unseres Schulwesens im Sinne der Einheitsschule ein notwendiges Glied des Berufsschulwesens werden müssen. Ihre Aufgabe ist, den Teilnehmern ihrer Kurse die **Fähigkeit selbständiger Stellungnahme gegenüber den wichtigsten volkswirtschaftlichen Tatsachen und Fragen** zu geben, ihnen als Grundlage dazu die unentbehrlichen wirtschaftlichen Kenntnisse zu übermitteln und sie so in den Stand zu setzen, an der Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens als gediegene Mitarbeiter teilzunehmen."

Das Unternehmen bewegt sich damit durchaus in den Bahnen der Reichsverfassung, die die arbeitende Bevölkerung aufruft, durch selbstgewählte Organe — bei den Betriebsräten angefangen und aufsteigend bis zum Reichswirtschaftsrat — an der Gestaltung des Wirtschaftslebens teilzunehmen.

Kleine Nachrichten

Bestrafter agrarischer Steuerhinterziehe. Im Kreisblatt für Landkreis Görlitz erläßt das Finanzamt Görlitz eine Bekanntmachung, daß der Gutsbesitzer Oswald Schneider in Oberludwigsdorf wegen vorsätzlicher Steuerhinterziehung von rund 70 000 Mark mit einer Geldstrafe von 10 420 M. bestraft wird. Dieser Gutsbesitzer ist Führer des Landbundes, Reichs- und Provinziallandtagsabgeordneter und Mitglied der Landwirtschaftskammer.

Lord d'Abernon wieder in Berlin. Der großbritannische Botschafter Lord d'Abernon ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Der Tod Dr. Gärtners, der, wie wir bereits gestern früh meldeten, in Kasan dem Flecktyphus erlegen ist, hat in Moskau allgemeine Teilnahme hervorgerufen. Die Sowjetpresse widmet dem Verstorbenen warme Worte des Nachrufs. So schreiben z. B. die „Iswestija": „Dr. Gärtner starb auf seinem Posten als treuer Diener der Menschlichkeit, indem er der notleidenden Bevölkerung der Tartarenrepublik Hilfe brachte." Der Rat der Volkskommissare hat in einem sehr warm gehaltenen Schreiben sein Beileid zum Ausdruck gebracht. Die arbeitenden Massen Rußlands würden Dr. Gärtner ein ewig dankbares Andenken bewahren, der als Opfer seiner Menschenliebe gefallen sei.

Die Beamtenbewegung

Verwirrende Berichte — Eine neue Besoldungsvorlage der Regierung

Ueber die Beratungen wegen der neuen Gehaltsforderungen der Beamten werden die widersprechendsten Meldungen gemacht. So behauptete eine Meldung der Telegraphen-Union, die gestern verbreitet wurde, die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen hätten sich darauf geeinigt, auf ihre ursprünglichen Forderungen zu verzichten, da über die Gestaltung der neuen Besoldungssätze eine Einigung nicht zu erzielen gewesen sei. Eine andere Meldung wiederum besagt, daß in neuen Beratungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände volle Einmütigkeit darüber erzielt worden sei, daß eine Erhöhung der Grundgehälter und der Teuerungszuschläge vorgenommen werden müsse. Die gefaßten Beschlüsse sollen dem Reichsfinanzminister vorgetragen werden. Es wurde sogar die Hoffnung ausgesprochen, daß dieser Besprechung mit dem Reichsfinanzminister offizielle Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenorganisationen folgen werden.

Diese widerspruchsvolle Berichterstattung ist eine große Gefahr für die gesamte Bewegung, besonders, wenn falsche Meldungen mit großem Getöse in die Welt posaunt werden, wie die „Rote Fahne" es für zweckmäßig hält. Die Beratungen der Spitzenkörperschaften sind natürlich vertraulich. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Organisationen selbst über ihre Beratungen bisher nicht berichtet haben, denn man pflegt taktische Beratungen und ihr Ergebnis nicht auf öffentlichen Märkten auszustellen. Dennoch möchten wir den Spitzenkörperschaften zu erwägen geben, ob nicht eine knappe offizielle Berichterstattung über die Beratungen dem völligen Schweigen vorzuziehen wäre. Sie ist auf alle Fälle das einzige Mittel, um den verwirrenden Folgen der völlig konfusen, an den Türen erhorchten inoffiziellen Berichterstattung entgegenzuwirken.

Das gilt besonders dann, wenn eine Bewegung anfängt, in ein kritisches Stadium zu geraten. Daß dies bei der gegenwärtigen Beamtenbewegung der Fall ist, zeigte die Versammlung der Berliner Post- und Telegraphenbeamten in der „Neuen Welt", über die wir im gewerkschaftlichen Teil unserer gestrigen Abendausgabe berichtet haben. Wie groß das Bedürfnis ist, Verwirrung unter den Beamten zu stiften, zeigt der Umstand, daß selbst über diese öffentliche Versammlung die seltsamsten Berichte in die Presse gelangten. Ein Teil der bürgerlichen Presse behauptete mit großem Lärm, die Berliner Postbeamten hätten der Regierung ein Ultimatum von 24 Stunden gestellt. Auch davon ist keine Rede. Es verhält sich durchaus so, wie wir bereits gestern abend berichtet haben. Die Berliner Postbeamten fordern vom Deutschen Beamtenbund, daß den organisierten Beamten durch eine Urabstimmung Gelegenheit gegeben werden soll, sich zu der Situation zu äußern, die durch die Ablehnung der Forderungen durch die Regierung eingetreten ist. Das ist einstweilen alles, aber es zeigt immerhin, daß die Erregung unter den Beamten bereits auf einen recht hohen Grad gestiegen ist.

Es erscheint uns völlig verfehlt, diese Erregung durch eine aufregende Berichterstattung zu steigern. Die Beamten dürfen sich vor allem durch eine solche Berichterstattung nicht irreleiten und zu Unbesonnenheiten verführen lassen. Einstweilen müssen sie ihr Vertrauen zu den Spitzenkörperschaften und damit die Ruhe bewahren, bis die von ihnen beauftragten Unterhändler selbst ihnen Bericht geben über das Ergebnis oder den Mißerfolg ihrer Bemühungen und sie zur Stellungnahme und zum Handeln aufrufen.

Für die Regierung aber sollte die Forderung der Berliner Postbeamten ebenfalls ein Merkzeichen dafür sein, daß mit den Forderungen der Beamten nicht länger gespielt werden darf. Es liegt in der Hand der Regierung, eine weitere Beunruhigung der Beamtenschaft und die daraus entstehenden Folgen zu vermeiden, wenn sie ihre Haltung ändert und endlich in ernsthafte Verhandlungen mit den Organisationen der Beamten eintritt. Den Mitgliedern des Beamtenausschusses des Reichstages hat die Regierung erklärt, daß sie selbst im Januar eine neue Besoldungsordnung vorlegen werde, von der die Regierung behauptet, sie werde den Wünschen der Beamtenschaft in weitgehendem Maße Rechnung tragen. Ob das zutreffen wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall müssen die Beamten Gewehr bei Fuß den kommenden sehr ernsten Dingen entgegensehen.

Die Spenden für Rußland

Nansen berichtigt falsche Behauptungen

Intel. Moskau, 19. Dezember.

Nansen sandte von Riga aus folgenden Funkspruch: Ich erfahre, daß aus Helsingfors die Nachricht verbreitet wird, daß die verantwortliche russische Behörde zugibt, daß die vom Ausland in Riga eintreffenden Lebensmittel hauptsächlich unter kommunistische Organisationen und Rotgardisten in Moskau und Petrograd verteilt werden, und daß infolge der desorganisierten Transportmittel es unmöglich sei, die gespendeten Lebensmittel an Ort und Stelle zu schaffen und den Hungernden zu übergeben. **Dieser Behauptung liegt kein wahres Wort zugrunde,** und kein Vertreter der Sowjetregierung hat jemals die Behauptung aufgestellt, welche den tatsächlichen Verhältnissen in solcher Weise ins Gesicht schlägt. Jede Tonne Hilfsmittel, **die in Riga oder anderen Häfen verladen wird, erreicht ihren Bestimmungsort im Hungergebiet ohne Verlust.** Ich habe an Ort und Stelle persönlich festgestellt, daß die Nahrungsmittel, welche von fremden Hilfsorganisationen nach Rußland geschickt werden, ausschließlich den Hungernden zugute kommen. Ich wäre Ihnen persönlich dankbar, falls Sie dieser Nachricht möglichste Verbreitung verschaffen wollten, damit die wirklichen Verhältnisse sowie **die böswillige Absicht gegenteiliger Meldungen** allgemein bekannt werden. gez. Nansen.

Bitte kommen Sie doch sofort

zu uns, falls Ihnen noch ein passendes Weihnachtsgeschenk fehlt. Wir haben in letzter Stunde noch außerordentlich preiswerte Geschenkartikel hereinbekommen und können unter vielen anderen Sachen noch anbieten:
Alpakka-Eßlöffel, Stück nur 12.50 M., Alpakka-Kaffeelöffel, Stück nur 8.50 M., und ein halbes Dutzend im eleganten Etui komplett 63.– M., Alpakka-Bestecke (Messer und Gabel) Paar 28.— M. bis 44.— M. und ganz schwere Alpakka-Luxusbestecke Paar 81.— M. In Kinderbestecken (Messer und Gabel) haben wir noch hereinbekommen: Alpakka-Bestecke Paar 26.— M., mit echter Silberauflage Paar 58.— M. Kaffee-Service pa. Messing vern. z. M. 255.– sow. Alpakka versilb. Damenhandtaschen in vornehmst. u. geschmackv. Ausführg. z. M. 230.— u. kompl. Aluminiumtopfsätze besteh. a. 4 Töpfen m. Deck. z. Gelegenheitspreis v. M. 145.— bilden nur einige unserer unglaublich billigen Angebote. Brauchen Sie also noch irgendein Geschenk, so besuchen Sie uns bitte sofort! Alle unsere Preise sind enorm billig bei erstkl. Qualität

Am Sonnabend, den 24. (Heiligabend), bis 6 Uhr abends geöffnet

Franz Borowicz, Metallwaren-Industrie Berlin SO 26, Waldemarstr. 27, vorn part.

1 Minute vom Moritzplatz, Oranienplatz und Gorlitzer Bahnhof — Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 4675 und 4676

Billiger Weihnachts Verkauf

Damen-Wäsche

Taghemd mit Stickerei 46.50
Taghemd mit reichem Stickereiansatz 58.50
Kniebeinkleid mit Languette 36.50
Unterrock mit Stickereivolant 44.50

Schürzen

Zierschürze weiß, mit Trägern und Stickereivolant 29.50
Hausschürze weiß mit Volant und Tasche 29.50
Wiener Form aus gestreift Stoffen 39.50
Wiener Form aus guten Stoffen . 49.50

Taschentücher

Damentuch weiß, mit bunter Schnurkante, u. gestickter Ecke 2.95
Damentuch Batist, mit Hohlsaum und gestickter Ecke 7.50
Herrentuch Linon mit Ripskante, gute Qualität 6.90
Kindertücher mit farbig gestickten Figuren ... 3 Stück 12.50

Handtücher

Geschirrtuch ca. 55×55 cm, gesäumt und gebändert 10.50
Gerstenkornhandtuch mit rot. Kante . 12.50
Stubenhandtuch Drell, gebleicht, 19.50
Kaffeedecke mit Fransen 79.50

Damen-Strümpfe lang, schwarz, Ferse und Spitze verstärkt 10.95
Damen-Strümpfe lang, schwarz, mit Doppelsohle und Hochferse 17.95

Herren-Socken graumeliert, Fuß ohne Naht ... 9.85
Herrengarnitur Jacke und Beinkleid, normalfarb., verschied. Größen 198.00

Korsette

Büstenhalter aus festem Stoff ... 12.90
Korsett Drellstoff, mit Languetten 39.50
Korsett weiß Drell, mit Languetten .. 46.50
Korsett weiß Drell, mit breit. Schließe und Spitzengarnierung 58.50
Korsett lange Form, Zwickelverarbeitung und Spitze 69.50

Herren-Artikel

Strickbinder großes Farbensortiment 19.75
Garnitur: Serviteur und Manschetten, farbig 29.75
Taghemd aus gutem Hemdentuch mit Faltenbrust 89.50
Herren-Hüte weich, mod. Formen 98.50
Oberhemd farbig, mit Umschlag-Mansch. und Kragen 135.00

Gardinen

Tüll-Gardinen volle Breite Meter 17.50
Scheiben-Gardinen ... Meter 9.75
Etamine ca. 70 cm breit ..... Meter 19.75
Etamine ca. 150 cm breit .... Meter 39.75
Madras-Garnitur 3teilig 225.00

Handarbeiten

Fertige Mittendecken aus guten Stoffen 32.50
Fertige Tischläufer mit Spitze 34.50
Fertige Schoner u. Einsatz garniert 10.50
Wanddekoration Aidastoff, reiche Handstickerei . 95.00
Kissenbezüge handgestickt, verschiedene Muster... 49.50

Spielwaren Pfefferkuchen

Jandorf

Baumschmuck Baumkerzen

Belle-Alliance-Str. | Gr. Frankfurter Str. | Brunnenstr. | Kottbuser Damm | Wilmersdorfer Str.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ U.: Masse Mensch
Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ U.: Die Wildente
Staatstheater. Opernhaus 7½ Uhr: Die Vögel. Schauspielhaus 7½ Uhr: Peer Gynt
Dir.: Max Reinhardt **Deutsches Theater** 7 U.: Ein Traumspiel
Kammerspiele 8 U.: Der Hühnerhof
Großes Schauspielhaus Komödienstraße 7½ U.: Dantons Tod
Theater i. d. Königgrätzer Str.: Moskauer Künstlertheater 7: Brüder Karamasow. 1. u. 2. Feiertag: Manon Lescaut (Maria Orska)
Komödienhaus: 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Berliner Theater: Heute: Geschlossen. An den Feiertagen: Prinzessin Olala. Fritzi Massary a. G.
Komische Oper 7½ abendfüllend 7½. Die große Ausstattungs-Operetten-Revue Der Herr der Welt
Theater des Ostens Geschlossen
Walhalla-Theater 8½ Uhr: Jung muß man sein
Wallner-Theater Täglich 7½ Uhr: Spitzenkönigin

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr: Die Ehe im Kreise
Trianon-Theater 7 Uhr: Frau Gittas Sühne
Residenz-Theater 7 Uhr: Das weite Land. Kleines Theater 7½ Uhr: Jacqueline (Die Liebe wacht). Carola Toelle, Rose Bertens
Theater a. Kottbuser Tor Tel.: Mpl. 1:077. Tägl. 7½ U. u. Stg. nach. 3 U. Elly-Sänger Fritzchen-Konz. Vorverkauf von 11-1½ u. 4-6
Apollotheater Friedrichstraße 218. Unter persönlicher Leitung d. Komponisten Paul Lincke: FRAU LUNA. Ausstattungsoperette
Casino-Theater 7½. Der Weg zum Glück. 1. u. 2. Feiertag 3½ Uhr: Martins Abenteuer
Palast am Zoo Täglich 8 Uhr. Persönliches Auftreten Sylvester Schäffer sowie der große Variété-Spielplan. Vorverkauf 11-2

Der kluge Mann baut vor!

Nehmen Sie aus diesem Grunde rechtzeitig für die Weihnachtswoche die Eintrittskarten für den Circus Busch, den Circus der Berliner seit 26 Jahren, am Bahnhof Börse, für sich und die Kinder im Vorverkauf Wertheim und an den Circuskassen.

Residenz-Casino Blumenstraße 10. Das Paradies der Witwenbälle. Nur Rundtänze

Metropol-Kriete Lehrenstraße 54. 7½ Uhr: Riesen-Weihnachts-Spielplan

Teilzahlung Grammophone, Lauten, Mandolinen, Gitarren. Sonntag 1-6. Schmidt, Petersburger Str. 23 I.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstr. 22 a, Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Hautjucken Hautausschlag, Art Krätze beseitigt das schnell heilende Mittel **Peruviania** Sicherster Erfolg, leichte Anwendung. 1 Person 10 Mk., 2-3 Personen 15 Mk. franko. Eckelsa-Werke, Essen I, Berreinostraße 38.

Kapitän-Kautabak einmal gepredigt — immer gelobt. Feinst. Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften u. im Neue Verkaufsstellen sichert ein: Generalvertrieb E. Rücker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Tel.: Kgl. 7861)

Soeben erschienen! **USPD Taschen-Kalender 1922**

Aus dem Inhalt: Aufgaben der Betriebsvertretungen. Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen. Einnahme- und Ausgabetabellen. Statistik der Reichstagswahlen. Reichhaltiges Adressen-Material. Tarife / Interessante Notizen u. a.

★

Gutes schreibfähiges Papier. Halbleinen gebunden

5.— Mark

Zu beziehen durch die Freiheit-Expeditionen und Buchhandlung „Freiheit" · Berlin C 2

Dukaten-Gold 900 gest. 14 karat. Gold 585 gest. 8 karat. Gold 333 gest. Stück von 35.00 Mark **Trauringe** billiger. Stets vorrätig am Lager. Trauringfabrik Minoga, Berlin O, Grüner Weg 69. 1. Filiale: Dresdener Str. 31. 2. Filiale: Schönhauser Allee 89.

Gold · Silber · Platin Sachen und Bruch. Tuchsilber, Feldfleischer kaufen zu hohem Kurs. Ratzlaff & Zimmer, Linienstraße 93

Altmetalle kauft zu Engrospreisen J. Abusch, O 17, Metall-Engros, Blankenfelder Str. 6, Nähe Alexanderpl. Fahrkost. werden vergütet.

Altmetalle zahle hohe Preise. Oderbergerstr. 1. Reinickendorfer Str. 107, I. Hof, Kell.

Damenmäntel Eigene Herstellung — Kein Zwischenhandel. Restbestände des Winterlagers nur Reinwollene Mäntel 350—650 Mark. Hugo Sommerfeldt, Niederwallstraße 22, Hof part. rechts

Beachtet unsere Inserenten!

VBG **Ein Ereignis** VBG

sind unsere Weihnachts-Angebote

Woll- und Baumwollstoffe

Dowlas u. Linon 130 cm breit, für Bettwäsche . M. 39.75
Blusen- u. Hemdenflanelle M. 23.–
Wollene Kleiderstoffe große Auswahl bis zu den feinsten Sorten ..... ab M. 39.75
Mäntel- u. Schlafrockstoffe 130 cm breit ..... ab M. 75.–
Schotten für Kleider und Blusen . M. 23.–
Anzugstoffe erste Frühjahrsneuheit, eingetroff. 125.–, 98.– 95.–

Damen-Kleidung

Wintermäntel aus mollig. Stoffen, neueste Formen, gute Verarbeitung ..... M. 550.–, 375.– 275.–
Moderne Kleider steuer. haltbarer Cheviot, mit geschmackvoller Stickerei ... M. 175.– 150.–
Hemdbluse gestr. Flan., hell- u. mittelfarb. (Geleg.-Kauf) M. 54.– 45.–
Seid. Blusen moderne Formen, in verschied. Farben . . M. 138.–
Kleiderröcke in verschiedenen Farben M. 125.–, 85.– 65.–

Mädchen-Kleidung

Mädchenkleid blau und farbig, moderne Form, Preise für 45 cm lang ..... M. 115.–, 95.– 80.–
Mädchenmäntel aus verschied. Winterstoffen in allen Längen . M. Serie II 175.– Serie I 95.–

Damen-Wäsche

Hemd gutes Wäschetuch mit Stickereigarnierung ..... M. 48.– 33.–
Nachthemd geschmackv. Form mit Hohlsaumgarnierung M. 72.–

Herren-Kleidung

Schlüpfer aus Flausch- und Fantasiestoffen M. 900.–, 875.–, 525.– 475.–
Hausjacke weich, mollig Flausch m. Verschnür. M. 5.5.–, 500.– 325.–
Hose aus Melton, Chev. u. Kammgarn, in schön. Streif. M. 210.–, 190.– 137.–
Jacket-Anzüge neueste Formen, haltbare modern. Cheviots, gute Verarbeit. M. 825.–, 700.– 525.–

Knaben-Anzüge

Norfolk-Schlüpfer und Joppenform in geschmackv. Ausf., a. Rest. gef. M. 288.–, 180.– 110.–
Norfolk-Anzug aus Homesp. u. gemustert. Chev. mit Bieches, für 6 Jahre ..... M. 320.– jede weitere Größe 10.– M. mehr

Bettwäsche

Laken 130×200 M. 88.– 130×230 M. 99.–
Laken 160×200 M. 144.– 160×230 M. 164.–

Schürzen

Teeschürzen weiß, mit Stickerei M. 40.–, 38.– 25.–

Volksbekleidungs-Gesellschaft

Friedrichstr. 110/112 gegenüber der Karlstr.

Fahrstuhlbenutzung — Verkauf im 2. Stock

Jedem freut sich über gute Musik

Die stets mit Versen sich gestritten,
Noch nie ein Instrument aus edlem Holz geschnitten,
Die kennen sie nicht,
Die vollkommene Musik.

Wir liefern: Edle, klangreine Musikinstrumente, hergestellt in eigenen Werkstätten des Erz-, Elbergebirges und Berlin unter Aufsicht erprobter Meister, in sehr großer Auswahl, zu billigen Preisen. — Sprechmaschinen von M. 24.— an bis zu den vornehmsten Typen in Schatullen-, Schrank- u. Truhenform. Ständig neue Schallplatten M. 18.—. Neueste Schlager v. M. 30.— an.
An allen Waren deutlich sichtbare feste Preise. Ankauf aller abgespielten und zerbrochenen Platten. Verkaufsstellen:
Reinickendorfer Str. 117 (Bahnhof Wedding), Badstr. 57 (Bahnhof Gesundbrunnen), Brunnenstr. 25 (Musikhaus Reinh. Prinz neben Jandorf), Schönhauser Allee 130 (Ecke Milastraße), Weißensee, Berliner Allee 21 (Antonplatz). Zentrale u. Engros-Verkauf: Michaelkirchstraße 19.

Schweizer Musikhaus.

Weitere Fahrpreiserhöhungen in Sicht?

Durch die bürgerliche Presse gehen Nachrichten von einer neuen bevorstehenden Erhöhung der Tarife der Straßenbahn, Untergrundbahn, Stadtbahn und Autoomnibusse. Es wird allerdings gleich dazu bemerkt, daß die Erörterungen der zuständigen Stellen noch nicht in ein akutes Stadium getreten seien. Man bringt die ungeheure Tarifsteigerung der Reichseisenbahnen, die am 1. Februar eintreten soll, mit den Tarifen der Berliner Verkehrseinrichtungen in Verbindung.

Zu diesen Nachrichten sei festgestellt, daß die städtischen Körperschaften, insbesondere der Magistrat, sich mit einer Erhöhung des Straßenbahntarifs noch nicht befaßt haben. Es scheint aber jetzt wirklich die höchste Zeit, die verschiedenen Verkehrseinrichtungen Berlins zunächst zu einer Tarifgemeinschaft zu vereinigen. Bei jeder Tariferhöhung einer einzelnen Institution war bisher regelmäßig die Abwanderung der Bevölkerung zu einem anderen Verkehrsmittel zu beobachten. Schließlich liegt es ebenso im Interesse der Verkehrseinrichtungen selbst wie im Interesse der Berliner Bevölkerung, daß in das verfahrene Verkehrswesen Groß-Berlins endlich eine Einheitlichkeit hineinkommt. Die Gelegenheit ist gegeben, durch eine einheitliche Tarifpolitik damit den ersten Anfang zu machen. Die jetzigen Verkehrsverhältnisse Berlins sind einer solchen Riesengemeinde unwürdig und genügen den Ansprüchen nicht, die erfüllt werden müssen. So gern anerkannt werden wird, daß die Kriegsverhältnisse bei Straßenbahn und Stadtbahn im allgemeinen überwunden sind, so erfordert aber das Interesse der Bevölkerung und der neuen Einheitsgemeinde, daß über den Ausgleich der Kriegsschäden hinaus das Verkehrswesen verbessert und nach einheitlichen Grundsätzen geleitet wird. Eine einheitliche Tarifpolitik ist der gegebene Anfang dazu.

Schlafwagen 3. Klasse

Die Reichseisenbahnverwaltung wird demnächst eine für die Bequemlichkeit der Reisenden sehr bedeutende Neuerung schaffen. Es sollen Schlafwagen 3. Klasse eingeführt werden, von denen vorerst 10 Stück auf den Kursen Berlin—Königsberg, Berlin—München und Berlin—Köln zur Probe fahren werden. Die Schlafwagen 3. Klasse bieten nicht alle Bequemlichkeiten der Schlafwagen 2. Klasse. Im allgemeinen wird der Reisende nur Schuhe und Oberkleider ablegen können, da die Verwendung von Bettzeug nicht vorgesehen ist. Auch Decken werden nicht gehalten, da sie in den meisten Fällen von den Reisenden selber mitgebracht werden.

Jeder Wagen enthält 12 Halbabteile, sowie an jedem Ende einen Waschraum und einen Abort mit Waschgelegenheit. Die Halbabteile sind durch Drehtüren gegen den Seitengang verschließbar. Einzelne Halbabteile sind außerdem durch eine Tür in der gemeinsamen Trennwand miteinander verbunden. In jedem Abteil sind drei Schlafplätze übereinander angebracht. Sie bestehen aus einem Holzrahmen mit einer Füllung aus Vulkanfiber, einem Material, das Zähigkeit mit Elastizität verbindet. Jedes einzelne Lager ist mit einer mit Plüsch überzogenen Matratze und einem ebenfalls mit Plüsch überzogenen Roßhaarkeilkissen versehen.

Die Innenräume der neuen Schlafwagen sind sämtlich nach Art der Wagen 3. Klasse gestrichen. Die vielfach erprobten zweiachsigen Drehgestelle verleihen den Wagen einen ruhigen und weichen Gang.

Statt an einen Abbau der verschiedenen Wagenklassen heranzugehen, wird diese Einrichtung noch ausgebaut. Bekanntlich erfordert der Betrieb der 1. und 2. Klasse erhebliche Zuschüsse, die durch die 3. und 4. Wagenklasse gedeckt werden müssen. Anstatt nun die 3. Wagenklasse besser und bequemer herzurichten und alle anderen Wagen auszubauen, schafft man noch eine neue Schlafwagenklasse. Wollte man damit etwa geschäftlich Reisenden die Gesellschaft von Schiebern und ähnlichen Elementen ersparen?

Deutschnationale Methoden

Der „Lokal-Anzeiger" führt mit allen Mitteln den Kampf gegen die sozialistischen Vertreter im Berliner Magistrat wie in den Bezirksämtern. Ein Prozeß, der vor dem Wuchergericht des Landgerichts II stattfand und Brotkartendiebstähle in Mariendorf zum Gegenstand hatte, dient dem „Lokal-Anzeiger" zu einer niedrigen Verleumdung unseres Genossen, des Stadtrats Küter-Mariendorf. Das Blatt gibt einen Bericht von der Gerichtsverhandlung wieder, in dem es heißt:

„Die genannten Zeugen, die als Vorstände des Mariendorfer Wirtschaftsamts die Kontrolle ausübten, haben ihren Beamten blindlings vertraut, auch an dem allmählich sehr luxuriösen und spendablen Auftreten Philipps so wenig Anstoß genommen, daß Stadtrat Küter unbedenklich von ihm Theaterkarten annahm."

Wie wir vom Stadtrat Küter erfahren, ist diese Behauptung unwahr. Sein Verhalten dem Philipp gegenüber ist in jeder Beziehung einwandfrei gewesen.

Wie tief steht ein Blatt, das sich im Kampfe gegen andere politische Meinungen solcher Mittel zur Verleumdung seiner Gegner bedienen muß, wie der „Lokal-Anzeiger"!

Der freigesprochene Polizeispitzel

Daß trotz des strikten Verbots des Ministers des Innern immer noch Polizeispitzel beschäftigt werden, bewies eine Verhandlung, welche die 3. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Der Installateur Paul Lücke war vom Schöffengericht Charlottenburg wegen Hehlerei zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wobei das Gericht folgenden Sachverhalt als erwiesen ansah: Die Kriminalpolizei hatte in Erfahrung gebracht, daß bei einer Grünkramhändlerin in der Augsburger Straße wertvolle Perserteppiche und andere Sachen verborgen seien, welche aus einem Einbruch in der Hardenbergstraße herrührten. Die Ermittlungen ergaben, daß der Angeklagte Lücke diese Sachen dorthin gebracht hatte. Schon vor dem Schöffengericht hatte L. behauptet, daß er als Polizeispitzel tätig gewesen sei und schon wiederholt sich in den Besitz gestohlenen Gutes gesetzt habe, um es durch die Kriminalpolizei den Bestohlenen zurückgeben zu lassen. Das Schöffengericht hielt diese Angabe jedoch für nicht glaubhaft und verurteilte den Angeklagten. Vor der Berufungsstrafkammer stellte Rechtsanwalt Dr. Puppe unter Beweis, daß der Angeklagte tatsächlich als Polizeivigilant tätig gewesen sei und deshalb die Angelegenheit nicht vorher der Polizei gemeldet habe, da er auch die Einbrecher selbst ermitteln wollte. — Das Gericht hielt diesen Beweis für erbracht und erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse.

Der „Prophet" Häußer vor dem Schöffengericht

Ein seltsames Auditorium sammelte sich gestern im Zuschauerraum der 190. Abteilung des Schöfengerichts Berlin-Mitte: Barhäuptige Männer mit lang auf die Schulter fallendem Haupthaar, die Gesichter umkränzt von einem bis zur Brust reichenden Vollbart, der Oberkörper umhüllt von langem Wettermantel, und eine Anzahl Frauen, gleichfalls barhäuptig und in Wettermänteln. Es waren Mitglieder der Gemeinde, die der Wanderredner Louis Häußer als „neuer Christus" um sich zu sammeln verstanden hat. Sie waren gekommen, um einer Verhandlung gegen ihren „Meister", der des Betruges beschuldigt ist, beizuwohnen. Und dann betrat er, der sich den „Apostel der Keuschheit" nennt, stolz erhobenen Hauptes das Sitzungszimmer — gleichfalls barhäuptig, mit wallendem Haar und lang herabhängendem Bart, dessen intelligentes Gesicht die Empörung darüber auszudrücken schien, daß er als „neuer Christus", als „Wahrheitsmensch", als „Prediger ewiger Seligkeit" hier vor einem weltlichen Richter zu erscheinen gezwungen war.

Der Betrug, der Häußer jetzt vorgeworfen wird, soll darin liegen, daß die Zeitung „Die Post" durch ihn um die Beträge für Inserate in Höhe von 1230 M. betrogen sein soll. Er hatte einen Strafbefehl über einen Monat Gefängnis erhalten und richterliche Entscheidung beantragt.

Die Verhandlung gestaltete sich von Anfang an sehr erregt und endete damit, daß der Angeklagte auf Gerichtsbeschluß zu einer sofort vollstreckbaren Haftstrafe von drei Tagen wegen ungebührlichen Benehmens vor Gericht verurteilt wird.

Die Anhänger im Zuhörerraum sind über diesen Ausgang offenbar sehr empört, denn sie verlassen nur langsam und nach energischer Aufforderung den Gerichtssaal.

Ein komisches Nachspiel entwickelte sich noch, als ein als Zeuge vorgeladener Anhänger des Angeklagten vortrat und begann, dem Vorsitzenden einen längeren Vortrag zu halten. Als dieser gar nicht enden wollte, kam der Justizwachtmeister auf den guten Einfall, dem Zeugen zuzurufen: „Wenn Sie Zeugengebühren haben wollen, müssen Sie sich sputen, sonst wird die Kasse geschlossen!" Dies hatte prompten Erfolg: der Zeuge beendete schleunigst seine Rede und eilte — da er dem Materiellen trotz alledem nicht abgeneigt ist — zur Kasse.

Tödliche Methylalkoholvergiftungen

Erinnerungen an den vor mehreren Jahren verhandelten sog. Methylalkohol-Prozeß, der s. Z. großes Aufsehen erregt hatte, rief eine Verhandlung wach, welche die 4. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen wissentlicher Nahrungsmittelverfälschung, Steuervergehen und fahrlässiger Tötung in zwei Fällen war der Schankwirt Gustav Adam aus Berlin-Lichtenberg angeklagt.

Der Angeklagte hatte, wie viele seiner Berufskollegen, in der Zeit der Spritknappheit im Frühjahr v. J. von wilden Händlern, den Agenten einer von Galizien betriebenen heimlichen Spritbrennerei, mehrere Liter „Sprit" gekauft und von diesem Schnaps hergestellt. Am 28. April verstarben der 62jährige Arbeiter Oskar Köhler und der 48jährige Arbeiter Neldner, welche bei dem Angeklagten mehrere Schnäpse getrunken hatten, unter Erscheinungen, welche auf eine Methylalkoholvergiftung schließen ließen. Die Sachverständigen Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Pfleger und Geh. Med.-Rat Dr. Sander bekundeten vor Gericht, daß als Todesursache eine Vergiftung durch Methylalkohol in Frage komme. Die ferner als Sachverständige geladenen Chemiker Dr. Müller vom Dr. Jolerichschen Institut und Dr. Büttner, welche den beschlagnahmten Schnaps untersucht hatten, bekundeten, daß es sich um einen aus Methylalkohol hergestellten Schnaps handele.

Mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit des Angeklagten erkannte das Gericht auf 1 Jahr Gefängnis und 900 M. Geldstrafe.

Im Café Dalles

In der Presse konnte man in der letzten Zeit wiederholt vom „Café Dalles" in der Neuen Schönhauser Straße lesen. Es wurde ordentlich berühmt oder berüchtigt, je nach Belieben. Verbrecher sollen dort verhaftet und die letzten Plünderungen sollen in diesem Café besprochen und beschlossen worden sein. Ob durch Urabstimmung oder nicht, darüber schwieg der Zeitungsmenschen Höflichkeit.

Es liegt in einer recht üblen Gegend, dieses Café Dalles. Schon auf dem Wege dorthin, in der Münzstraße, flüstern einem Männer, Frauen und Mädchen Vertraulichkeiten ins Ohr, so — en passant! Jene wollen einen Brillantring oder Hosen oder Ulster verschärfen, diese preisen ihren ausgemergelten Leib an . . . Göttliche Gesellschaftsordnung!

Neue Schönhauser Straße 13. Im 3. Stock befindet sich ein Privathotel („Betten stunden-, tage- und wochenweise"). Im Parterre dieses Hauses liegt das „Café Dalles". Auf den schmutzigen Fensterscheiben steht „Kaffee- und Speisehaus". In der Nähe lungern einige fragwürdige Gestalten herum — Sicherung gegen Polizei, gegen Razzien, mit denen dieses Lokal in letzter Zeit wiederholt bedacht wurde. Hat man für 1 Mark eine Einlaßkarte erstanden, dann darf man dableiben. Diese Einlaßkarte, auf der aus dem „Café Dalles" ein „Engel-Palast" geworden ist, wird bei der Entnahme von Speisen und Getränken in Anrechnung gebracht. Schmutzstarrend, voller Tabakrauch, düster. Einfache Stühle und Tische im langen Saal. Etwa 200 junge Mädchen (das sind wohl die Engel, die zu dem Palast gehören) und grüne Burschen, billiger Kaffee, billiges Essen. Ein Klavier jammert: „Das Band zerrissen und du bist frei!" Die Gäste singen oder gröhlen mit, Männer und Mädchen schließen „Geschäfte" ab — das ist „Café Dalles". Nichts weiter als eine Wärmehalle für „Beschützer"-Lehrlinge und deren „Liebste", ein Unterschlupf und Treffpunkt für „Halbseidene". Denn die schweren Jungens gehen nicht so leicht ins „Café Dalles", dort ist Glatteis, die „Polente" kommt zu oft!

Tyllus.

Wichtig für Gaskonsumenten. Die bisherigen Ausweiskarten für die von den städtischen Gaswerken mit Revidieren von Gasmessern und Gasanlagen in den Wohnungen der Konsumenten beauftragten Personen werden mit dem 31. Dezember d. J. zurückgezogen. Am 1. Januar 1922 werden grüne Ausweiskarten statt der bisherigen grauen ausgegeben. Es wird im Interesse der Gaskonsumenten liegen, nur solchen Personen Zutritt zu den in ihren Wohnungen befindlichen Gasanlagen zu gewähren, die diese neuen Ausweiskarten vorzeigen.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Greiflein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(68. Fortsetzung.)

„Und ob?" Sie wollte ihn nicht verstehen.

„Ob es nicht würdiger wäre, uns mit unseren Feinden zu versöhnen, als unterwürfig geringschätzigen Freunden zuzulächeln, die uns nur durch Beileidsbezeugungen beistehen."

„Wie, wir Franzosen sollen uns mit den Boches versöhnen, nach allem, was sie uns angetan haben?"

Er war nicht minder in Aufruhr als sie. Aber dieser Gedanke hatte sich seiner bemächtigt. Er konnte dagegen nicht ankämpfen, der Gedanke lebte, er entwickelte sich in ihm, er setzte sich durch und wollte ans Licht.

„Gewiß sollen wir uns versöhnen. Es wäre ebensosehr Deutschlands Nutzen wie der unsere. Die Deutschen wissen das auch sehr gut, trotz ihrem Geschrei. Sie wissen, daß sie dank unserer Scharfsichtigkeit und unserer Erfindungsgabe bei uns das finden würden, was ihnen fehlt. Sie wissen, daß sie sich aufs neue verhaßt machen und den Weltfrieden gefährden, wenn sie sich gegen uns wenden."

Er fühlte, daß sich seiner die gleiche Aufregung bemächtigte wie jene, unter der Yvonne zitterte.

„Nein, es ist unmöglich."

Aber da stieg vor seinem Auge die erdrückende Beweisführung auf. Er betrachtete Yvonne schmerzbewegt. Sie fühlte diesen Blick. Sie erhob sich, ergriff die Papiere und fragte:

„Sie benötigen sie wohl nicht mehr?"

Als er verneinte, begann sie die Papiere zu zerreißen, sorgsam in ganz kleine Stücke, als wollte sie dadurch die Beweise von dem Niedergang ihres Volkes verleugnen, verbergen, vernichten.

Réal sah ihr schweigend zu.

„Auch echt französisch", seufzte er bei sich.

25

Ein Brief aus Genf.

Fräulein Yvonne Vidal

Paris, Rue Marcadet 25.

Seit gestern bin ich also in Genf, meine liebe kleine Freundin und Mitarbeiterin.

Ich bin trefflich gereist und von meiner Schwester und meinem Schwager, dem wackeren Buchmann aus Zürich, aufs beste aufgenommen worden. — In drei Tagen beginne ich mit meinen Vorträgen. Im Zuge habe ich daran gearbeitet. Ich glaube, daß die Plaudereien „Ueber den französischen Geist", „Ueber die Seele der kleinen Pariserinnen" und „Ueber die Jugend von Anatole France" am besten passen werden.

Ich wohne hier bei meiner Schwester. Mein Schwager Buchmann ist ein untersetzter Herr, rothaarig, bartlos. Sie sagen gewiß: ein richtiger Boche. Ich stelle es nicht in Abrede. Aber ein vortrefflicher Mann, der mich mit rührender Gastlichkeit aufgenommen hat.

Er ist Professor an der Universität und verkehrt mit Amtsgenossen jeder Nationalität. Da meine Ankunft bis zum letzten Augenblick ungewiß war, konnte er eine frühere Verabredung nicht rückgängig machen und so war ich bei ihm am Abend — erzittern Sie! — mit einem Deutschen zusammen, einem Professor der Philologie, an der Universität Jena.

Nun werden Sie sich aber freuen! Es war der unangenehmste Herr, dem ich seit langer Zeit begegnet bin. Dieser Gruß, als wir einander vorgestellt wurden! Diese Art, die Hacken militärisch aneinander zu schlagen, die Hände an die Hosennaht zu legen und mit einem jähen Ruck den Kopf zu neigen! Der lange Mensch mit glattrasiertem Schädel und (natürlich!) goldener Brille war in der Tat der richtige, unerquickliche Alldeutsche.

Meine arme Schwester erschrak furchtbar, als er mit seinen Lehrmeinungen anrückte. Sie glaubte, ich würde wütend werden. Ich begnügte mich, den Herrn reden zu lassen.

Welch fremder Geisteszustand! Zweifellos ein hochgebildeter, ein wissenschaftlich geschulter Mann. Seine Arbeiten sind überall geschätzt, wo man sich mit jenen Spezialfragen beschäftigt. Sie können sich nicht vorstellen, welche Vorträge er mir hielt. Niemals hatte ich so sehr den Eindruck hochmütigen Eigensinns, engherziger Eitelkeit.

In langen Reden setzte er mir auseinander, daß Frankreich von entarteten Deutschen wimmle, die dort unter dem allzu milden Himmel schlapp geworden seien. Er setzte mir auch mit Aufwand großer Gelehrsamkeit auseinander, daß man in fremde Gebiete einfalle, um die Rassen zu verbessern, und er erläuterte mir in einem zugleich schroffen und gönnerhaften Ton, was wir vom Wohlwollen der Deutschen erwarten dürften.

Sie hätten das Gesicht meiner Schwester sehen sollen. Und der arme Schweizer Buchmann wußte nicht, wohin er sich verstecken sollte!

Ich widersprach mit keinem Worte. Ruhig, als unterhielte man sich über Geschichte des Altertums, erlaubte ich mir zu bemerken, daß Rußland viel mehr in Aufruhr sei als Frankreich und daß dort die deutsche Kunst der Organisation, die deutsche Kultur ein viel dankbareres Betätigungsfeld fände.

„Wird gemacht", versicherte er. Ich gestehe, daß es mir kalt den Rücken hinablief . . .

Schließlich begann Herr Professor Doktor Otto Wyttembach über sein eigenes Land in Ausdrücken zu sprechen, die Sie zum Rasen gebracht hätten. Das ganze militärische, imperialistische, angriffslustige Deutschland sprach aus ihm. Er beachtete uns gar nicht mehr. Ueber uns alle hinweg, über alle Grenzen weg sah der Herr Professor schon das wiedererstandene Deutschland an der Herrschaft. Deutschland in der Welt voran! Das starke, tugendhafte, erfindungsreiche, organisationskräftige, kaufmännische, künstlerische Deutschland — Alldeutschland!

Er hatte sogar die Herablassung, mich die einzelnen Entwicklungsstufen des deutschen Aufstieges wissen zu lassen. Als unermüdlicher Prophet weissagte er mir die künftigen Kriege. Der erste: England und Amerika gegen Japan mit dem Ural als Kriegsschauplatz. Frankreich würde das Menschenmaterial zu liefern haben. Hierauf: Krieg Deutschlands gegen Frankreich, um den erniedrigenden Frieden von Versailles aus der Welt zu schaffen. Ergebnis: Frankreich wird seiner Kolonien beraubt, Oesterreich schließt sich an Deutschland an, Rußland wird von deutschen Arbeitern wieder aufgebaut, Europa wird zu einem Völkerbund vereint. Dritter Krieg: England gegen die Vereinigten Staaten zwecks Eroberung Südamerikas, amerikanische Vorherrschaft zur See, deutsche Vorherrschaft zu Lande, gegenseitige Unterstützung. Schlußapotheose: Vorhang!

In diesem maßlosen Ehrgeiz lag zugleich Lächerliches und Trauriges. Aber doch mehr Trauriges als Lächerliches. Solche Prahler finden immer Gläubige, die aus Selbstsucht, Eitelkeit, Habgier, Fanatismus zum Aufruhr bereit sind. Die Menge pflegt offenen Mundes den Berauschten zuzuhören.

Zum Glück haben Leute dieses Schlages in ihrem Lande einen solchen Zusammenbruch verursacht, daß man jetzt einzusehen beginnt, was ihre Lehren wert sind. Die vernünftigen Deutschen werden sich nicht länger narren lassen, und das Volk, das stark genug war, sich mitten im Kriege zu erheben, wird es satt bekommen, endlos für die Gefräßigkeit dieser Unentwegten Kanonenfutter zu liefern.

Ich habe noch einen anderen Deutschen bei Buchmann getroffen. Ueber ihn ein nächstes Mal . . .

(Fortsetzung folgt.)

Das Hungerbrot von der Wolga

Das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland hat in der Plakatausstellung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, neuerdings von deutschen Vertretern in Rußland gesammelte Ersatzbrot-Mischungen ausgestellt. Diese bezeugen aufs neue, wie groß das Elend der russischen Arbeiter ist, wie stark diese unter dem Hunger zu leiden haben. In der Ausstellung werden folgende „Brotarten" gezeigt:

Brot aus Oelkuchenrückständen, verkauft auf dem Markt von Saratow für 500 Rubel das Stück, aus grünem Hafer-Eichelmehl und Haferkleie, aus gekochtem Gras, aus Leinölkuchen, aus Hirse-Kleie, aus Stroh und grünem Roggen, aus Eicheln, aus Eicheln und grünem Roggen, aus verschiedenen Kräutern, aus Lindenblättern und Blüten und etwas Roggenmehl, aus gekochten Gräsern, Kohl und Oelkuchenrückstand, aus verschiedenem Gras, gemahlen zwischen zwei Steinen, woraus das Brot bereitet wird.

Weiter ist ausgestellt die Haut eines gefallenen Pferdes, Nahrung für Erwachsene und Kinder im Hungergebiet, ferner eine Art Pulver, das von den Saratow-Einwohnern als Heilmittel gegen Malaria verwandt wird. Wirkt ebenso wie Chinin. Bereitet aus der Wermuthspflanze, von deren 16 Kilo Pflanze 200 Gramm Extraktpulver ergeben. Mangels Chinin wird es selbst von den Aerzten in Wolsk gegen Malaria und andere Fieber verordnet.

Die hiesige Arbeiterschaft, die aus der Zeit des Krieges noch allzugut weiß, welche verheerende Wirkungen der Hunger anzurichten imstande ist, weil sie selbst jahrelang darunter leiden mußten, haben gerade darum — obwohl sie auch heut noch außerordentlich viel Entbehrungen tragen müssen — das stärkste Mitgefühl mit ihren russischen Klassengenossen. Sie haben den Notschrei des russischen Volkes trotz eigener Not mit einer großartigen Solidaritätsaktion beantwortet. Diese Aktion wird fortgeführt werden bis unseren russischen Genossen geholfen ist. Die Plakatausstellung in den Sophiensälen dient auch diesem Zweck. Ein Besuch dieser Ausstellung ist darum zu empfehlen.

Magistratsbeschluß zum Streik der Kraftdroschkenbesitzer

Der Magistrat hat sich Dienstag in seiner Sitzung aus Anlaß der Stillegung des Kraftdroschkenbetriebes und der Anträge der Kraftdroschkenunternehmer auf eine Abänderung und vorläufige Nichterhebung der Steuer erneut mit der Kraftdroschkensteuer beschäftigt und beschlossen, Verhandlungen über diese Steuerordnung abzulehnen. Die Kraftdroschkensteuer ist von beiden städtischen Körperschaften beschlossen, von den Aufsichtsbehörden genehmigt und somit Ortsgesetz geworden. Die beteiligten Kreise sind bei der Vorberatung der Steuerordnung angehört worden. Es würde zu unhaltbaren Folgerungen führen, wenn grundsätzlich bei Steuergesetzen nach ihrem Inkrafttreten auf Anträge der betroffenen Kreise hin erneut Verhandlungen über die Zweckmäßigkeit des Gesetzes in Verbindung mit einer vorläufigen Außerkraftsetzung aufgenommen würden. Alle Steuergesetze bleiben grundsätzlich so lange in Kraft, bis sie durch übereinstimmenden Beschluß beider städtischen Körperschaften aufgehoben oder abgeändert worden.

Der Raubüberfall im Laden. Ein Ueberfall im Laden, der auf einen versuchten Raubmord hinausläuft, wurde, wie schon kurz gemeldet, vorgestern nachmittag in der Hermannstraße 55 zu Neukölln verübt. Nach den Ermittelungen der Kriminalpolizei kam dort in das Kleidergeschäft von Bluhm ein junger Mann, während der 65 Jahre alte Geschäftsführer Hermann Lachmann allein anwesend war. Der Kunde fragte nach einem Mantel und veranlaßte den betagten Geschäftsführer, mit ihm nach einem Hinterraum zu gehen. Hier hatte ihm Lachmann kaum den zweiten Mantel vorgelegt, als der Bursche ein Messer zückte und blindlings auf ihn einstach. Der alte Mann hatte trotzdem noch die Kraft und die Geistesgegenwart, nach der Tür zu laufen und um Hilfe zu rufen. Das veranlaßte den Räuber mit seinem Helfershelfer, der auf der Straße aufgepaßt hatte, von seinem Opfer abzulassen und die Flucht zu ergreifen. Lachmann war so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhause in Buckow gebracht werden mußte.

7-Uhr-Schluß der Caféhäuser am Heiligabend. Auf Anregung des Präsidenten des Verbandes der Kaffeehausbesitzer Deutschlands, Peter Stüber, hat der Verein der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg in seiner gestrigen ordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, am Heiligabend die Caféhäuser um 7 Uhr zu schließen. Hierdurch soll besonders den verheirateten Angestellten Gelegenheit geboten werden, den Heiligabend im Kreise ihrer Familie zu verleben.

Schriftverkehr mit Gemeindebehörden. Die Gemeinden können sich im Postverkehr mit Privaten der Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache" bedienen. Alsdann müssen die Empfänger einen Zuschlag von 30 Pf. zu dem Porto zahlen, das von ihnen erhoben wird. Zur Ersparnis dieses Zuschlages wird daher allgemein empfohlen, die Eingaben an Gemeindebehörden, auf welche eine Antwort erwartet wird, einen Freiumschlag oder Rückporto beizufügen.

Schreckensszene auf einem Untergrundbahnhof. Als gestern nachmittag ein Zug in den Untergrundbahnhof Nollendorfplatz einfuhr, stürzte sich eine Frau H. aus der Grunewaldstraße auf die Schienen und wurde, ehe man sie noch zurückreißen konnte, von den Rädern erfaßt. Da man sie nicht zu befreien vermochte, wurde die Feuerwehr alarmiert, welche die Unglückliche unter den Rädern hervorzog und nach dem Elisabeth-Krankenhaus schaffte. Sie hat schwere Verletzungen an der ganzen linken Körperseite erlitten. — Wie das „Berliner Tageblatt" von einem Augenzeugen zu berichten weiß, dauerte es ziemlich ¾ Stunden, bis die Feuerwehr zur Stelle war. Eigentümlicherweise waren Werkzeuge zur Hilfeleistung auf dem Bahnhof nicht vorhanden. Danach scheinen bei der Hochbahngesellschaft tolle Zustände zu herrschen.

Auf Abschnitt 19 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 800 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5,80 M. (7,25 M. je Kilogramm). Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 22. Dezember 1921 bis 7. Januar 1922 a) in den durch blaue Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, b) in den Verkaufsstellen der Meierei C. Bolle, c) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenwirtschaftsvereins für deren Mitglieder. Kleinhändler, die Mehl auf Marken verabfolgen, das nicht vom Magistrat Berlin geliefert worden ist, haben strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

Ein Rathaus für den Verwaltungsbezirk Tempelhof. Im Verwaltungsbezirk Tempelhof macht sich für die Einwohnerschaft der Umstand außerordentlich lästig bemerkbar, daß die Bezirksbehörden nicht einheitlich in einem Rathaus untergebracht sind. Jetzt beantragt das Bezirksamt bei der Bezirksversammlung, der Errichtung eines Rathauses näherzutreten. Durch den Bau würden 26 Wohnungen von 2 bis 5 Zimmern und auch Klassenräume für die Schulen frei werden. Es würden auch Erwerbslose Beschäftigung finden. Als erste Baurate wird die Bewilligung von zwei Millionen Mark beantragt.

Die Freie Welt konnte heute wegen technischer Schwierigkeiten nicht wie üblich der Morgennummer beigelegt werden. Unsere Abonnenten erhalten die fällige Nummer spätestens mit der „Freiheit" am Freitag früh zugestellt. Verlag der „Freiheit".

Stellungnahme zum Parteitag

Der Kreistag der Pfälzer Parteigenossen, die organisatorisch zur bayerischen Landesorganisation gehören, hat am Sonntag zum Parteitag Stellung genommen. Entgegen den Ausführungen des Genossen Unterleitner-München nahm man in der Frage der Koalitionspolitik einmütig folgende Entschließung an:

„Der Bezirksparteitag erklärt sich gegen eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien, denn sozialistische Politik kann in Gemeinschaft mit bürgerlichen Parteien nicht betrieben werden. Vom Leipziger Parteitag erwartet der Bezirksparteitag der Pfalz, daß er sich nach wie vor restlos auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellt und jeden Schein einer Koalitionspolitik vermeidet. Der Bezirksparteitag beauftragt daher den Delegierten, im Sinne dieser Resolution zu votieren."

Als Delegierter wurde Genosse Ludwig-Pirmasens gewählt.

Der Parteitag setzte schließlich den monatlichen Beitrag für männliche auf 4 M. und für weibliche Mitglieder auf 2 M. fest.

•

Die am 9. Dezember versammelten Taubstummengenossen und -genossinnen des Bezirks Groß-Berlin der U. S. P. D., Abteilung des Parteibundes Deutschlands, haben sich mit dem kommenden Leipziger Parteitag beschäftigt. Im einleitenden Referat behandelte Genosse Golnick zunächst die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage der Taubstummen und dann die Gesamtlage. Er kam dann auf die Stellung unserer Partei zur Regierungsbildung zu sprechen. Einstimmig wurde die Taktik der U. S. P. D. gebilligt und dabei der Wunsch ausgedrückt, daß mehr als bisher die geistige Aufklärung der Taubstummen im Sinne der U. S. P. D. geschehen und mit aller Energie die Interessen der arbeitenden Taubstummen in allen gesetzgeberischen Körperschaften vertreten werden. Die Taubstummen erwarten vom Leipziger Parteitage, daß er ihnen wie der gesamten Arbeiterschaft die geistigen Mittel in die Hand gibt, um der weiteren Verelendung entgegenzuwirken und damit die abstumpfende Not und den Indifferentismus unter den Taubstummen zu beseitigen. Die bürgerliche Gesellschaft hat die Taubstummen jahrelang zu Menschen minderen Rechtes degradiert und die Massen des Volkes überhaupt über das Wesen der Taubstummen falsch informiert. Die Irrlehre der im reaktionären Fahrwasser segelnden sogenannten Taubstummenlehrer und der Pfaffen, daß die Taubstummen bedauernswerte Wesen seien, die auf Milde und Nachsicht des Volksganzen angewiesen sind, muß endlich verschwinden.

Die Taubstummen erwarten von der U. S. P., daß sie, getreu ihrer bisherigen Taktik, in keine Koalitionsregierung mit Bürgerlichen eintritt, weil ein solcher Schritt eine Verleugnung ihres Klassenkampfcharakters wäre.

•

Der über 1500 Mitglieder zählende Ortsverein der U. S. P. D. Plauen i. V. nahm in seiner letzten Parteiversammlung Stellung zum Parteitag. Nach einem Referat über die Aufgaben desselben, an das sich eine rege Aussprache anschloß, nahm die Versammlung nach Ablehnung eines Antrages, der die Zentrale zu größerer Aktivität als bisher auffordert, folgende Resolution einstimmig an:

„Die Ortsgruppe Plauen der U. S. P. D. billigt die Haltung der Zentrale und der Reichstagsfraktion. Insbesondere begrüßt sie die Versuche, zur Lösung brennender Fragen die Einheitsfront des Proletariats unter Einfluß des A. D. G. B. und der AfA zur Erreichung bestimmter, nächstliegender Forderungen herzustellen. Indem sie ausdrücklich betont, daß die Partei sich nicht von ihrer grundsätzlichen Politik abbringen und nicht ins Schlepptau einer anderen Partei nehmen lassen darf, fordert sie die Parteileitung auf, nichts unversucht zu lassen, das Proletariat gegen Wucher, kapitalistischen Steuerdruck und wirtschaftliche Knechtung auf dem Boden der grundsätzlichen Politik zusammenzufassen."

In einer bereits vorher stattgefundenen Mitgliederversammlung war der Entwurf des Organisationsstatutes einer eingehenden Betrachtung unterzogen worden. In den Abänderungsanträgen wurden die Wünsche zusammengefaßt. Dem Bezirksparteitag wurde ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge auf wöchentlich 1.— M. für männliche, und 50 Pfg. für weibliche Mitglieder überwiesen.

In beiden Versammlungen wurden grundsätzliche Bedenken gegen die Politik der Partei nicht erhoben.

Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei

Der Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei hielt seinen Willen in einer Erklärung fest, die zunächst die tschechoslowakische Republik als eine Schöpfung des Ententeimperialismus bezeichnet, dem auch ihre gesamte Politik entspricht. Der Klassencharakter des Staates zeige sich nicht nur in der wirtschaftlichen und politischen Knebelung der Arbeiterklasse, sondern auch in einer Unterdrückung aller nichttschechischen Völker.

Unter solchen Umständen sei es eine der wichtigsten Aufgaben der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Kampf gegen die Reaktion, gegen den Militarismus, um die Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völker, die nationale Selbstverwaltung, die Beseitigung des bureaukratischen Herrschaftssystems und der nationalen Fremdherrschaft fortzuführen.

In diesem Kampfe sei das deutsche Proletariat vorläufig auf die eigene Kraft gestellt.

Er soll den Weg freimachen für den revolutionären Klassenkampf des internationalen Proletariats dieses Staates, für die Verwirklichung des Sozialismus, den die deutschen Arbeiter nur in Gemeinschaft mit den Proletariern der anderen Nationen zum Siege führen können. Nach wie vor rufe daher das deutsche Proletariat die Klassenbrüder der anderen Nationen zum gemeinsamen Kampfe zur Wiederherstellung der alten proletarischen Kampffront auf.

Die Wahlen in Kanada

Bei den allgemeinen Wahlen, die in der vergangenen Woche in Kanada stattfanden, erlitten die bisher regierenden Konservativen katastrophale Verluste. Sie stürzten von 235 Mandaten auf 49 herunter. Nicht einmal der bisherige Premierminister Meighen, der Kanada noch auf der letzten britischen Reichskonferenz vertrat, ist gewählt worden. Ebenso erging es sechs seiner Ministerkollegen.

Als stärkste Partei sind aus den Wahlen die Liberalen hervorgegangen, die mit 118 Sitzen sogar die absolute Mehrheit erlangt haben. Ihr Führer, Mackenzie King, wird wohl in den nächsten Tagen vom Generalgouverneur mit der Neubildung der Regierung betraut werden. Das Hervorstechendste an dieser Wahl ist das Auftreten einer neuen Gruppe, der Farmer-Partei, die es sogleich auf 63 Mandate gebracht hat und somit die zweitstärkste Fraktion geworden ist. Damit ist für Kanada das bisher gültige Prinzip des Zweiparteiensystems durchbrochen. Die neue Farmerpartei richtet ihren Kampf besonders gegen die Schutzzollpolitik der Regierung, und sie fordert die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Das sind Dinge, die die Konservativen energisch bekämpfen, und zu denen die Liberalen noch keine entschiedene Stellung genommen haben.

Wie sich die Regierungsbildung vollziehen wird, ist noch ungewiß. Eine Hinzuziehung der Farmer-Partei scheint durchaus möglich. Jedenfalls ist der Ausfall dieser Wahl ein kräftiger Ausdruck für die Selbständigkeit, mit der Kanada seine politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber dem Mutterland zu regeln gedenkt.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Größte Auswahl — Enorme Vorräte. Erstkl. Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen vertertigt.

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus hell- und dunkelgemusterten Flausch-, Homespun- und Diagonalstoffen . . . . . M. 800, 700 — 600.00

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten in wundervoll hellen und dunklen Farbenstellungen M. 1800, 1500, 1200, 1000 — 900.00

Winter-Paletots aus vorzüglichen Marengo- und schwarzen Stoffen . . M. 1350, 1200, 1000, 900 — 775.00

Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interieur- und Sportform . . . . M. 600, 500, 450, 350, 300, 250 — 175.00

Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschl. und mit Fasson, in guten Qualitäten . . . . . M. 1200, 900, 750, 550, 450 — 350.00

Knaben-u. Jünglings-Schlüpfer in neuesten Fassons u. schönsten Farbenstellungen. Preise je nach Größe u. Qualität . . . . . von M. 260.00 an

Knaben-Anzüge in verschiedenen Fassons und Qualitäten. M. 200, 150 — 120.00

Jünglings-Anzüge in neuesten Fassons und Farbenstellungen . . . M. 750, 600, 525, 450 — 350.00

Burschen-Anzüge Jacket-Sportform in vielen guten Qualitäten . . M. 650, 550, 450, 350 — 270.00

Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuest. Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homespun . . M. 750, 600, 500 — 450.00

Jackett-Anzüge aus erstklass. Kammgarn- und Cheviotstoffen, in blau und farbig . . . M. 1500, 1350, 1200, 1000, 900 — 800.00

Sport-Anzüge aus prima Loden- und Homespun-Stoffen, mit Breeches-Hosen M. 1000 — 850.00

Sweater-Anzüge Wolle, Pa. Qualit. Preise je nach Größe von . . M. 116.00 an

Geh- und Sportpelze

Sport-Hosen Breecheform, aus gut. Loden und Homespun . M. 250, 200 — 150.00

Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit . . . . . M. 325, 265, 220, 170, 150, 110 — 70.00

Herren-Westen m. Aermeln, m. Kapok wattiert, gegen sibirische Kälte . . M. Dieselben, ohne Aermel . . . . . von M. 35 an — 80.00

Herren-Unterhosen in der gleich. Qualität wie die Westen, ohne Wattierung, mit Nessel gefüttert . . . . . M. — 35.00

Herren-Unterhosen weiß, mit angerautem Futter Prima Qualität . . . . . M. — 60.00

Herren-Hemden weiß, mit angerautem Futter, Prima Qualität . . . . . M. — 72.00

Schals für Herren und Damen, reine Wolle und K.-Seide . . . . . M. 69, 65, 54 — 39.00

Oberhemden, Herren-Hüte, Krawatten in großer Auswahl, zu billigen Preisen.

Pelzjoppen . . . . . von M. 375.00 an

Fahrpelze für Chauffeure, Landwirte und Wächter . . . . . von M. 400.00 an

Ulster aus dauerhaften Stoffen, außergewöhnlich billig . . . . . M. 400, 350 — 285.00

Winter-Anzüge aus Manchester oder engl. Leder, mit schwer. Futter, Schutz gegen strengen Frost . . . . . von M. 390.00 an

Engl. Offiziersmäntel in braunmelierter Farbe, aus dickem, wetterfestem und wasserdichtem Wollstoff, mit wollenem Leibfutter . . . . . M. 575.00

Amerikan. Mäntel in braunmel. Farbe, erstklassig. Fabrikat, loch- und rißfrei . . M. 250.00

Anzüge dreiteilig aus sehr haltbaren Stoffen . . . . . M. 400, 300 — 200.00

Herren-Litewken aus Buckskin, Aermel gefüttert . . . . . M. 150, 125 — 110.00

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Gewerkschaftliches

Nichts verschleiern!

Selbsterkenntnis oder Demagogie?

In unserem Bruderorgan, der „Leipziger Volkszeitung" vom 6. Dezember, finden wir unter obigem Titel eine Mitteilung, die wir etwas gekürzt unseren Lesern, und insbesondere der großen Zahl von Metallarbeitern, die darunter sind, nicht vorenthalten wollen. Es heißt da:

In die Redaktion der Metallarbeiterzeitung, des Organs des D.M.-V., ist nach dem Jenaer Verbandstag ein neuer Mann eingezogen. Einer, der sich zur S.P.D. zählt, der alle Weltteile bereist hat und es trotzdem fertig bringt, die rechtssozialistische Koalitionspolitik als der Weisheit letzten Schluß zu betrachten. Dieser Mann arbeitet sich in dem Organ des D.M.-V. mit großem Wortaufwand aus. Es kommt nicht nur darauf an, überhaupt etwas zu schreiben, es muß auch den Tatsachen entsprechen und den Lesern die Möglichkeit gewähren, sich ein objektives Urteil über die Dinge zu bilden. Dann darf auch keine Zweideutigkeit verbreitet werden. Auch wenn es dem Schreiber als Parteimann unangenehm ist, geschichtliche Wahrheiten dürfen nicht verschleiert oder ins Gegenteil umgekehrt werden, sonst ist es schlechthin unmöglich, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, wie es in Zukunft besser zu machen ist.

In dieser Beziehung bereitet der neue Redakteur der Metallarbeiterzeitung dem denkenden Menschen manchen Kummer. Wir wollen nur den Artikel: „Die Raffgier der Industriellen" in Nr. 48 der Metallarbeiterzeitung heranziehen, der sich eingangs mit erfreulicher Deutlichkeit und Frische gegen die Industriellen wendet, weil sie sich den ganzen Staat dienstbar machen wollen und ihre gierigen Hände nach den Eisenbahnen ausstrecken. Der Kritik, die daran geknüpft ist, stimmen auch wir zu, doch hätten wir gewünscht, daß im Schluß des Artikels, wo die Stellung der Arbeiterpresse und der Arbeiterparteien behandelt wird, deutlicher gesagt worden wäre, wer gemeint ist.

Dieser neue Mann, der nicht nur unseren Genossen in Leipzig, sondern auch uns Kummer bereitet, erklärt nun, daß „in der linksstehenden Presse" helle Entrüstung über die „Erpresserpolitik der Industrie" tobt. Wer ermunterte nun die Unternehmer zu ihrem reaktionären Gehaben? Unser Redakteur der Metallarbeiterzeitung verrät uns hier:

„Sind diese Unternehmer zu ihrem Tun nicht geradezu von der linksstehenden Presse und ihren Parteien ermutigt worden, ermutigt worden durch Unterlassung und schwächliche Haltung in Sachen der Steuergesetzgebung, der tatenmäßigen Betonung der Volksherrschaft, der Sozialisierung."

Und weiter heißt es:

„Wir sind an allem schuld! Wir alle, die bürgerlichen und sozialistischen Demokraten, haben durch Tatenlosigkeit und Zersplitterung die Kriegspolitik, den Krieg und damit seine Niederlage, dann die erneute Dreistigkeit der Reaktion mit der Unverschämtheit der Industrieherren ermöglicht. Wir werden dergleichen, wenn nicht noch Schlimmeres, ermöglichen, wenn uns Tatkraft und Einhelligkeit im Handeln auch weiterhin mangeln."

Wer ist nun eigentlich unter der „linksstehenden Presse" gemeint? fragt die „Leipziger Volkszeitung". Ist's die K.P.D.-, die U.S.P.-, die S.P.D.-Presse? Wir wollen nachholen, was die Redaktion der Metallarbeiterzeitung versäumt hat, sintemal wir annehmen, daß dieser damit eine kummervolle Pflicht abgenommen wird.

Unter der „linksstehenden" Presse ist nämlich die rechtssozialistische gemeint. Diese und die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre „Unterlassung und schwächliche Haltung in Sachen der Steuergesetzgebung" dazu beigetragen, die Machtgelüste der Industriellen zu stärken und deren Steuerdrückebergerei möglich zu machen. Die S.P.D. hat nirgends eine „tatenmäßige Betonung der Volksherrschaft" zugelassen. Die S.P.D. betete stets nur den Stimmzettel an. Die S.P.D. hat erst vor kurzer Zeit den von der U.S.P. im Reichstag eingereichten Gesetzentwurf zum Schutz der Republik abgelehnt. Die S.P.D. hat die Sozialisierung praktisch unmöglich gemacht, indem sie sich mit den Schwerindustriellen der Deutschen Volkspartei verbündet hat.

Jawohl, ihr alle seid schuld an dem Erstarken der Reaktion, ihr bürgerlichen und sozialistischen Demokraten. Ihr habt durch eure Tatenlosigkeit und Kriegspolitik die Dreistigkeit der Reaktion und die Unverschämtheit der Industrieherren ermöglicht. Und wenn euch die Arbeiterschaft nicht bald zwingt, wieder auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes zu treten und damit eine Einhelligkeit im Handeln der Arbeiterklasse zu ermöglichen, wird noch Schlimmeres auf die Arbeiterklasse herabkommen!

Soweit die „Leipziger Volkszeitung", deren treffenden Ausführungen wir nichts hinzuzufügen haben.

Weihnachtsfeier des Z. d. A.

Ist das Leben der Arbeitslosen schon an und für sich traurig und ganz besonders freudlos für die Kinder, deren Vater arbeitslos ist, so kommt ihnen allen das Elend außerordentlich zu Weihnachten zum Bewußtsein, an dem Tage, wo die Lichter an unzähligen Bäumen brennen und den Kindern und Erwachsenen je nach der Größe der Brieftasche ein Gabentisch gedeckt ist.

Das drückende Gefühl der vorübergehend Enterbten, die Mitglieder des Z. d. A. sind, nicht aufkommen zu lassen, ist das Verdienst der in Arbeit Stehenden, aus deren freiwillig gesammelten Mitteln der Verband geradezu Fabelhaftes leistete.

Dem Vorstand des Z. d. A. und den gebefreudigen Mitgliedern muß es hoch angerechnet werden, daß sie, wie jedes Jahr, der Kinder der arbeitslosen Kollegen und deren selbst gedachten und für diese eine Weihnachtsfeier veranstalteten, die recht eindrucksvoll verlief.

Der große Saal der „Kammersäle", Teltower Straße, war für die Feier von dem Oekonom kostenlos zur Verfügung gestellt worden. In zu Herzen gehenden Worten sprach Grete Weinberg zu den Versammelten und sagte, daß die Gaben nicht als Almosen, sondern als von Herzen kommende Geschenke zu werten und anzunehmen sind. — Die langen Tische waren mit kleinen Tannenbäumen geschmückt, und für jedes Kind und für jeden Arbeitslosen war ein reichhaltiger bunter Teller vorhanden. Musik spielte, als die zu Bescherenden sich an Kakao und Kuchen gütlich taten. Künstler rezitierten, sangen Lieder zur Laute und tanzten zur Freude der Alten und zum Ergötzen der Kleinen und Kleinsten. Die Tanzszene von Hänsel und Gretel aus der gleichnamigen Oper von Humperdinck fand besonderen Beifall. Dann kam die Bescherung! Was gab es nicht alles. Ein jeder erhielt ein großes Paket mit Spielsachen oder Büchern, Bekleidungs- und Wäschestücken und guten Schuhen. Alles erstklassige Ware! Wie klatschten die Kleinen in die Hände, wie strahlten ihre Augen und — wie manche hartnäckige Träne stahl sich aus den Augen der Erwachsenen. — Außerdem erhalten sämtliche Arbeitslosen vor Weihnachten noch eine Geldspende von 100 bzw. 200 M., je nachdem, ob ledig oder verheiratet.

Diese geradezu vorbildliche Weihnachtsfeier war bis ins letzte Detail musterhaft ausgedacht und vorbereitet, und unserem Genossen Koppe, dem Bureauleiter des Z. d. A., gebührt Dank für seine umsichtige und vielseitige Arbeit zu dieser Aktion, die für alle Beteiligten ein Lichtpunkt in trüben Tagen bleiben wird.

Gegen die Gewerkschaftszerstörer

Uns wird geschrieben: Unter diesem Titel wird in Nr. 185 der „Roten Fahne" über eine am Sonntag, den 18. Dezember 1921, in Brauerei Friedrichshain stattgefundene Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, einberufen durch eine sogenannte „Sechserkommission", Bericht erstattet.

Es ist sonst nicht unsere Art, auf derartige Versammlungsberichte einzugehen, wir würden es auch diesmal unterlassen, wenn der Bericht nicht von Verdrehungen und Unwahrheiten strotzte. Zu der „überfüllten Versammlung" wollen wir nur bemerken, daß es uns sonderbar erscheint, daß der Referent trotz der „Fülle" sein — Bedauern über den schlechten Versammlungsbesuch aussprach! —

Wenn der Referent „Moritz" einleitend bekanntgab, daß der Ortsvorstand in der Aussprache mit der betreffenden Kommission sich sehr unzugänglich gezeigt habe, und zum anderen es abgelehnt habe, gemeinsam mit der Kommission in dieser Versammlung Bericht zu erstatten, so können wir nur sagen, daß es der Referent mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt. Wir stellen fest, daß ein derartiger Wunsch oder Antrag dem Ortsvorstand schriftlich sowohl wie mündlich nicht vorgelegen hat. Wenn der Berichterstatter der „Roten Fahne" besonders hervorhebt, daß der Referent Moritz nicht der Kommunistischen Partei angehört, so sind wir in der Lage, ihm zu verraten, daß er auch keiner anderen politischen Partei angehört, demnach macht dieser Mann dann Politik auf eigene Faust. Zu der vom Referenten hervorgehobenen Beitragserhöhung ist zu bemerken, daß der Verbandstag 1920 (an dem Moritz als Delegierter teilgenommen hat) dem Hauptvorstand nicht Verbandsbeirat das Recht zugestanden hat, Beitragserhöhungen zu beschließen. Trotzdem hat der Berliner Ortsvorstand aus sich heraus dem Beirat einen Antrag unterbreitet, der eine Urabstimmung bei ferneren Beitragserhöhungen fordert.

Unseren kommunistischen Freunden zu ihrem Hospitanten, dem „unpolitischen Moritz" viel Glück. Wir erinnern uns noch der Zeit, wo Kollege Moritz seine diktatorischen Gelüste wegen in Mitgliederkreisen nicht besonders beliebt war. Derselbe Moritz als Retter und Hüter der Demokratie — daß du die Nase im Gesicht behältst!

Der Ortsvorstand war sich bei Herausgabe des Fragebogens voll bewußt, daß sein Vorgehen bei einem großen Teil der Mitgliedschaft Widerspruch auslösen würde, er wird aber für sein Verhalten in der nächsten Versammlung Rechenschaft ablegen und sieht den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen.

Uns in eine Polemik mit der „Roten Fahne" oder Moritz einzulassen, wo die „Gewerkschaftszerstörer" sitzen, müssen wir nach den bisher gemachten Erfahrungen vorläufig ablehnen.

Wir rufen unseren Freunden um Moritz aber zu: denkt an die Versammlungen im Januar und Oktober 1920. (Beitragssperre.)

Telegraphenbeamte und Sonntagsdienst

Die Einführung des neuen Dienstplanes für die Telegraphenbeamten hat die Krankenziffer um 50 Prozent anschwellen lassen. Die 1½ fache Bewertung des Nachtdienstes, die vor dem Kriege bestand, ist bei dem jetzigen 48 stündigen Wochenleistungsmaß aufgehoben worden. Dadurch ergeben sich viele Unzuträglichkeiten, wie Schädigungen der Gesundheit der Telegraphenbeamten, Betriebsfehler, und auch das Familienleben leidet darunter. Der Beamtenausschuß bemühte sich, Abänderungen durchzuführen, ohne daß bisher etwas in der Angelegenheit geschehen wäre.

Deshalb wurde in zwei stark besuchten Betriebsversammlungen des Haupt-Telegraphenamts folgende Entschließung einstimmig angenommen, die dem Reichstage und den zuständigen Instanzen übersandt werden soll:

„Das Personal des Haupt-Telegraphenamts hat mit Befremden festgestellt, daß die Frage des Nacht- und Sonntagsdienstes von der Regierung immer noch nicht in dem allein richtigen Sinne der 1½ fachen Bewertung gelöst worden ist. Es weist insbesondere jeden Versuch einer geldlichen Entschädigung mit Entschiedenheit zurück, weil dadurch die schweren gesundheitlichen Schädigungen der Nachtarbeit nicht ausgeglichen werden können. Der Beamtenausschuß wird aufgefordert, mit allem Nachdruck bei Parlament und Regierung auf endliche Erledigung der Angelegenheit zu dringen."

Bäcker. Der Konditoreibesitzer Radtke, Marstr. 11, will den tarifmäßigen Lohn nur zahlen, wenn die Gehilfen Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Bäcker und Konditoren werden. Er entpuppt sich hierdurch als Gegner der freien Gewerkschaften. Wir bitten deshalb alle Gewerkschaftsgenossen, bei ihren Einkäufen Herrn Radtke nicht zu belästigen. — Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgruppen Deutschlands.

Deutscher Hutarbeiterverband. Am Weihnachtsheiligabend fallen die Kassenstunden im Bureau und auch in den Zahlstellen aus. Dafür ist das Bureau am Freitag abend bis 7 Uhr geöffnet. Desgleichen von 5—7 Uhr bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88. Sophienstraße fällt aus. Infolge der Beitragserhöhung ab 1. Januar müssen alle Restbeiträge bis zum Schlusse des Jahres bezahlt sein.

Zimmerer! Die Auszahlung der Streikunterstützung für diese Woche erfolgt am Donnerstag und Freitag und zwar in der Reihenfolge wie am vergangenen Freitag und Sonnabend. Wir bitten die Kameraden genau danach zu verfahren. Der Vorstand. J. A.: Max Hein.

Die Weihnachtsausstellung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend ist nur noch heute und am morgigen Freitag geöffnet. Der Bedarf an Büchern, Spielen und Wandschmuck kann deshalb nur noch während dieser Zeit gedeckt werden.

Parteiveranstaltungen

Freitag 23. Dezember

5. Verwaltungsbezirk. 15., 16., 17. Distrikt. Männerchor A. G. B. Treffpunkt pünktlich 6 Uhr in den Comenius-Sälen, Memeler Straße.

16. Distrikt. Zur Weihnachtsveranstaltung, welche nachmittags 3 Uhr pünktlich in den Comenius-Sälen, Memeler Str. 67, stattfindet, wird zahlreicher Kinderbesuch erwartet. Zur Aufführung gelangen Lichtbilder, Weihnachtsmärchen, Vorträge und Gesang.

Neukölln-Britz. Die Weihnachtsbescherung der Kinderschutz-Kommission findet abends 7½ Uhr im Zeichensaal der 32. Gemeindeschule, Rütlistraße, statt. Die Funktionärinnen sowie die gemeldeten Kinder und deren Eltern bitten wir bestimmt zu erscheinen.

Vereinskalender

Freitag, 23. Dezember

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Aus Anlaß der Weihnachtsfeiertage werden unsere Bureauräume am Weihnachtsabend, den 24. Dezember, um 1 Uhr mittags bis 26. Dezember geschlossen. Am 2. Feiertag sind die Bureaus von 8–1 Uhr geöffnet. — Bretterträger, Platzarbeiter und Kutscher aus den Bauholz- und [illegible]handlungen. Abends 7 Uhr Vollversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c. — Sektion 1, Glas und Teppichreinigungsbranche. Abends 8 Uhr sehr wichtige Versammlung sämtlicher Funktionäre obiger Branche bei Königs, Inselstr. 13, Ecke Wassergasse. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission.

Geschäftliches

Robinson-Crusoe im Circus Busch. Die Schicksale und Abenteuer des Helden bilden den Inhalt der Weihnachtspantomime, die der Circus Busch als Festüberraschung für die Nachmittagsvorstellungen seinen jugendlichen Besuchern bereitet.

Zum letzten Male bringt heute die unseren Lesern bekannte Firma Franz [illegible] ein außerordentlich preiswertes Angebot ihrer Abteilung Bestecke, die sich für Weihnachtsgeschenke ganz besonders eignen und empfehlen wir unseren Lesern, die noch Bedarf an Weihnachtsgeschenken haben, das Inserat zur beiliegenden Beachtung.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo [illegible], Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig [illegible], Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8–9.

Was jede Dame wünscht,

ist, modern und elegant zu sein. Zu gediegener Eleganz gehört heute für den Gebrauch auf der Straße, in Geschäften, im Theater usw. eine schöne Lorgnette statt des Kneifers oder der Brille.

Die neuen Ruhnke-Lorgnetten sind von so ansprechender, vornehmer Ausführung, daß jede Dame sich immer von neuem darüber freut, weil die Ruhnke-Lorgnette ihr Gelegenheit gibt, ihren guten Geschmack zu zeigen und bei der Handhabung weibliche Grazie zu entfalten. Die Auswahl in aparten Formen ist reichhaltig, sowohl in gediegenen Silber- und Tulamustern, als auch besonders in den wunderschönen, goldplattierten Lorgnetten, für deren goldartiges Aussehen wir drei Jahre garantieren, in den Preislagen von M. 300.— bis 950.—

Kostenlos

prüfen wir auch nach dem Fest Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Metallteile der Fassungen von M. 26.— an. Dafür erhalten Sie bei uns einen guten Gold-Double-Kneifer (ohne Gläser) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. „solange alle Reparaturen umsonst", selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornteile, Schildpatt und zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

Optiker Ruhnke

30 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Basel

Sind's die Augen, Geh zu Ruhnke!

W Friedrich-Str. 193a Ecke Leipziger Str. — Leipziger Str. 113 Ecke Mauer-Str. — Biel-Str. 1 Ecke Potsdamer Str.

N Friedrich-Str. 106 Ecke Ziegelstr. — Invaliden-Str. 164 Ecke Brunnenstr. — Invaliden-Str. 117 am Stettiner Bhf. — Chaussee-Str. 72 nahe Müllerstr.

N Schönhauser Allee 81 am Bhf. Ranteburg

O Frankfurter Allee 14 nahe Ring

NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheenstr.

SW Belle Alliancestr. 4 nahe Bandorf

SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranienplatz

C Spittelmarkt, Ecke Wallstr. — Alexander-Platz nahe Aschinger

S Kottbuser Damm 10 nahe Warenhaus Jandorf

Spandau: Breite Str. 18, nahe Markt.

Charlottenburg: Tauentzien Straße 15 Ecke Marburger Str. — Joachimsthaler Straße 2 nahe Bhf. Zoo

Neukölln: Bergstraße 4, Ecke Ziethenstr.

Friedenau: Rheinstraße 18, Ecke Kaiserallee

Schöneberg: Hauptstraße 21, Ecke Akazienstr.

Wilmersdorf: Berliner Str. 152-53 nahe Uhlandstr.

Schlüpfer und Raglans zur Reise aus Homespun und gemustertem Cheviot. M. 475, 525, 650, 950 bis 1650

Hausjoppen und Schlafröcke in großer Auswahl

Gummi-Mäntel in vielen guten Qualitäten und Passons. M. 395, 450, 550, 625, 750, 850 bis 1200

Jackett-Anzüge in guten Qual. u. best. Verarbeitung. M. 580, 750, 950, 1050, 1250, 1450

Knaben-Anzüge in Blusen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wollstoffen. 100, 150, 195, 250, 350

Jünglings-Anzüge in großer Auswahl, nur M. 350, 450, 550, 650, 750, 950

Gestreifte Hosen, größtenteils unter Herstellungspreis. M. 89, 112, 121, 135, 175, 250, 350

Nur Qualitätsware kommt zum Verkauf

Warme mollige Ulster am Lager

M. Schulmeister

Kottbuser Tor

Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

HERMANN TIETZ — Billige Lebensmittel

Walnüsse Pfd. 12.00
Haselnüsse ..... Pfund 19.50
Mandarinen ... Pfund 14.00
Apfelsinen ..... Stück von 1.20 an
Zitronen ..... Stück 95 Pf.

Kaffee gebrannt, ... Pfund 39.50
Kaffee-Ersatz -Mischung, 25% Bohnen .. Pfund 11.00
Tee chinesischer ..... Pfund 39.50
Rinderfett ..... Pfund 26.00
Margarine ..... Pfund 22.50

Leipziger Strasse — Alexanderplatz
Frisches Fleisch
Kalbskamm ..... Pfund 14.00
Kalbsrücken u. -Brust Pfund 15.00
Kalbskeulen ..... Pfund 16.00
Hammelkeulen .... Pfund 16.00
Schmorfleisch m. Knochen Pfd. 14.00
Frisches Schweinefleisch
zu Tagespreisen

Mettwurst nach Braunschweiger Art .. Pfund 24.50
Bauernmettwurst Pfd. 22.50
Teewurst ..... Pfund 32.00
Schinkenwurst Pfund 33.00
Zervelatwurst Pfd. 35.00

Brat- u. Fett- Pfund
Gänse 19.00 22.00 24.00
Puten ..... Pfund 17.50
Gänsekeulenstücke Pf. 21.00
Hasen gespickt ..... Pfund 11.00
Kaninchen gefroren, Pfund 6.00

Grünkohl Pfund 35 Pf.

Essäpfel Pfund von 1.60 an

Leb. Karpfen Pfund 15.00 bis 16.00

Kunsthonig 1-Pfund-Paket 5.20

Präsentkörbe in geschmackvoller Ausführung in allen Preislagen

1917er Dürkheimer Feuerberg-Rotwein 1/1 Flasche 18.50

1920er Remicher Goldberg 1/1 Fl. 12.50	1919er Neustadter Grain 1/1 Flasche 25.00	1917er Hackenh. Galgenb. Naturgewächs, J. K. Fels, 1/1 Fl. 32.50	**1917/18er Ingelheimer Rotwein** 1/1 Flasche 20.00
1920er St. Johanner Steinberg 1/1 Fl. 15.00	1919er Maximiner Neuwieser 1/1 Fl. 27.50	1916er Nierstein. Galgenberg 1/1 Fl. 37.50	
1919er Ellenzer ..... 1/1 Flasche 17.50	1919er Kreuzn. Gutenth. Riesl. 1/1 Fl. 27.50	1917er Château Latour de Mons 1/1 Fl. 37.50	

Weinbrand-Verschnitt */1 Fl. 29.00 1/1 Fl. 56.00 | Deutscher Weinbrand */1 Fl. 32.50 1/1 Fl. 62.50 | Diverse Liköre und Pansch-Extrakte erster Häuser | Diverse Schaumweine bekannte Marken zu Tagespreisen

Preise ohne Flasche und Steuer — Auf Wein 20% Steuerzuschlag — Für 1/1 leere Flaschen vergüten wir 2 Mark pro Stück

---

Ausschneiden

Sensationell billige Preise!!!
Freitag und Sonnabend

Kreuzfüchse
Silber-, Zobel-, Alaskafüchse, Wölfe
seltene Prachtexemplare
Sport- u. Gehpelze
konkurrenzlos billig!

Schlüpfer u. Raglans .... von Mk. 600 an
Schlüpfer u. Raglans nur erstklassige Qualitäten, von Mk. 900 an
Anzüge wunderb. Passons u. Sitz .... von Mk. 500 an
Anzüge Ersatz für Maß .... von Mk. 800 an
Cutaways und Streifhosen unerreicht in Qualität, Sitz und Arbeit

Eigene Selbstverarbeitung!

Brunnenstraße 5 direkt a. Rosenthaler Tor **Leihhaus** **Brunnenstraße 5** direkt a. Rosenthaler Tor

Fahrgeld-Vergütung — Keine Ersatzware

Preiswert und gut
kauft man
Damen- und Herren- **Stoffe** im
Tuchhaus M. E. Freitag — BERLIN C, Molkenmarkt 14/15
Große Auswahl in Winterwaren bis zu den besten Qualitäten.

Arbeitskraft u. Lebensfreude
erhalten u. geben
Grodesberger-Kräuter
Blutreinigungs-Brust-Husten-Lungen-Leber-Nieren-Blasen-Gicht-Rheuma-Nerven-
Jedes Paket Mk. 12.—
Aerztlich empfohlen
In Apotheken. Aufklärungsschrift gratis.
Hauptniederlage für Berlin:
Elefanten-Apotheke, SW, Leipziger Str. 74

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Revolverdreher
Arthur Zeidler
am 15. Dezember d. J.
Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, den 22. Dezember, nachm. 2½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße.

Der Schlosser
Gustav Merschinski
Transvaalstr. 15, am 20. Dezember.
Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 23. Dezember, nachm. 3 Uhr im Krematorium Gerichtstraße.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833—836

Montag, 26. Dezember 1921, vorm. 10 Uhr
(2. Weihnachtsfeiertag)

Außenmonteur-Versammlung

findet nicht im Lokal von Schulz, Königsgraben 2, sondern in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, statt.

Tagesordnung:
1. Die Neuregelung der tariflichen Bestimmungen für Außenmonteure.
2. Sonstige Außenmonteur-Angelegenheiten.

Die Ortsverwaltung

Soeben erschienen!

Die Erwerbslosenfürsorge
nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der **Erwerbslosen und Kurzarbeitern** zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von **Rudolf Weck**
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.
Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e·G·m·b·H
Berlin C 2 — Abt. Buchhandlung — Breite Straße 8-9

---

elegante
Trauringe 75 M.
aufwärts.

Wir führen keine Uhren und Goldwaren, sondern nur Ringe in echt Gold von den einfachsten bis zu den feinsten Ausführungen von

billiger bekommen Sie nur im ersten und einzigen **Spezial-Geschäft Deutschlands.**

in jeder Preislage und Größe vom Lager lieferbar,
Verkauf direkt an Private. Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt.
Trauringfabrik G. Alb. Thal,
Seydelstrasse 5 (am Spittelmarkt)

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Bester Ablieferer Fabriken
E. ENDEMANN
Schönhauser Allee 56
a. Rosenh./Humboldtstr.

Altmetalle
unüberbietbare Preise zahlt **Baustr. 34, Hof**

Feldstecher Operngläser Photoapp.
Mikroskope kauft **DWZ,** Oranienstraße 138.

Parzellen in Heiligensee
bei Tegel. Preiswert, sehr gut. Boden, gering. Anzahl. Abzahlung gestattet.
Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin, Schiffbauerdamm 25. Teleph. Norden 216. Auskunft: In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rothäppchen, Kirchstraße, a. d. Teilstrecke Tegel-Heiligensee elekt. Bahn.

Möbel
kaufen Sie nirgends so **billig** und **gut** wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 123 I, E. Schillerstr. Kein Laden

---

Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V.
Sitz in Berlin. Gegründet 1905
Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Oranienstraße 83—84
Postscheckkto.: Berlin NW. 18067
Fernsprecher: Amt Moritzpl. 6176
Geöffnet von 10—4 Uhr
Sonnabends von 10—1 Uhr

Mehrere flotte
Kartothekschreiber
mit guter Handschrift, aushilfsweise zum sofortigen Eintritt gesucht.
Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V.

Feinste angefangene und fertige
Handarbeiten
unter der Hälfte der regulären Preise.

Hermann Engel
Landsberger Str. 85, 86, 87.

Wollene Sport-Strickjacken Rodel-Kostüme, Jumpers in schönen Farbenstellungen **außerordentlich billig.**

110 cm breite **Kleiderstoffe,** reine Woll-, Satingewebe in viel u. modern. Farben ..... Mtr. 110.00
110 cm breite **Kleiderstoffe,** marinablau, mit schönen Streifen für Kleiderstoffe, Blusen und Kleiderröcke ..... Mtr. 78.50
Schwarze Servier-Blusen aus prima Satin 78.50
Gestreifte Flanellblusen .. 75.00

Mohärplüschmäntel 256.00
Flauschmäntel, schöne, dicke Ware 298.00
Reinwoll. Nachmittagskleider mit Kordel- und Frottéstickerei 398.00
Tanz- und Teekleider aus Tüll und weicher Seide, neueste extr. Formen 396.00
Reinwollene Cheriosokostüme, ganz auf Halbseide gefüttert 496.00
Dunkelfarbige Kleiderröcke 78.50 49.50

Kreuzfüchse 450.00
Stinks-Garnitur, Kragen u. Muff 490.00
Amerik. Opossum-Muff 850.00
Amerik. Oposs.-Schal-Kragen 1190.00
Zobelastrachan-Mäntel ... 6500.00
Stinksjacken 6850.00
Katzenjacken 7800.00
Seal-Elektrik-Mäntel 9800.00

Farbige wollene Schals in neuesten Farben 78.50 67.50 48.50
Vigogne-Herren-Unterhosen 15.50 8.50
Farb. Knaben-Sweaters in allen Größen 16.50
Dunkelblaue Kinderschürzen mit rotem Besatz
45 50 55 60 70 80 90 100 cm
5.— 6.— 7.— 8.— 9.— 10. 11.— 12.—
Starkfädig-baumwoll. Männer-Socken 9.75 7.75 6.75 5.00

Schwarze u. braune Musseline-Damenstrümpfe 12.75 7.75 6.00 5.00
Schwarze deutschlange Frauenstrümpfe 6.00
Starkfädige Männersocken 9.75 7.00 6.75 5.00
Gestrickte wollene Kinder-Handschuhe 13.50 9.50 7.50
Gefütterte Trikot-Damen-Handschuhe 22.50
Gefütterte Trikot-Herren-Handschuhe 33.00

10000 Meter
Prima Hemdentuch
Meter 19.50 M.

Damen-Kniebeinkleider prima Reuforce mit Stickerei 55.50
Damen-Kniebeinkleider mit Hohlsaum und Patentlanguette ... 39.50
Weiße Molton-Kniebeinkleider mit Patentlanguette ... 54.50
Damenhemden mit Stickerei 51.50
Damenhemden mit Stickerei und Banddurchzug 67.50 52.50
Damen-Rockbeinkleider mit Köppel-Einsatz und -Ausatz ... 89.50

Stickerei- u. Spitzen-Wäsche * Tischtücher, Servietten
Handtücher, Wischtücher, Taschentücher
Hemden und Wäsche-Stoffe.

Große Auswahl in Teppichen, Bettvorlegern, Gardinen, Bettdecken, Steppdecken, Tischdecken.

Der Mieterschutz

Preis 4.00 Mark

Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes u. der Höchstmietenverordnung

Von Dr. Paul Herz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Bernheim / — II. Nachtrag:
„Die Aenderungen des Mieterschutzes"

Beziehen Sie sofort bei der Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2

Botenfrauen sofort gesucht

Expedition Wutzky
Choriner Straße 68
Tour: Kastanien-Allee, Oderberger Straße

Expedition Gliesche
Pankstraße 60 (Laden)

„Freiheit"-Ausgabestelle Wildau
Schwartzkopffstraße 98
für
Königswusterhausen